

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53677. ADMINISTRATION TELEFON 53676.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Donnerstag, 28. Feber 1935

Nr. 50



Schießerei bei Millstadt Ein junger Bursche und ein Gendarm tot

Klagenfurt. Bei Millstadt kam es Mittwoch zu einer Schießerei, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Gendarm Beni traf auf seinem Dienstgange zwei junge Burschen. Als er sie aufforderte, sich zu legitimieren, gaben sie gegen ihn einige Schüsse ab. Auch der Gendarm machte von der Waffe Gebrauch. Nach der Schießerei wurden der Gendarm und einer der jungen Leute tot aufgefunden. Der zweite Bursche ist verschwunden. Einzelheiten über diesen Zusammenstoß sind bisher noch nicht bekannt.

Abessinien will den Frieden Glaubwürdige Versicherungen an die Adresse Roms

Rom. (Tsch. P. B.) Der hiesige abessinische Geschäftsträger hat heute nachmittag auf Grund eines gestern eingegangenen Schreibens des Kaisers von Abessinien vor der internationalen Presse eine Erklärung verlesen, in der es u. a. heißt: Als Vertreter meines kaiserlichen Herrn schwöre ich bei meiner Ehre und bei der Ehre meiner Nation, daß die Regierung von Abessinien niemals daran gedacht hat und niemals daran denkt, die beiden benachbarten italienischen Kolonien Somali und Eritrea mit den Waffen anzugreifen. Diese Erklärung ist bereits dem König von Italien und dem Chef der italienischen Regierung Mussolini mündlich und schriftlich gegeben worden. Trotzdem fährt die italienische Regierung fort, Truppen zu mobilisieren und sie zusammen mit zahlreichen Kriegsmaterial in die beiden italienischen Kolonien zu entsenden. Gestern hat die italienische Regierung durch eine Mitteilung an die Presse neue Transporte von Truppen und Kriegsmaterial angekündigt. Diese ersten militärischen Maßnahmen werden von der italienischen Regierung jedesmal als Verteidigungsmaßnahmen bezeichnet. Italien kann sich diese Transporte von Truppen und Kriegsmaterial ruhig sparen, da Abessinien weder die Absicht noch den Willen hat, die Kolonien anzugreifen. Ich kann noch weitergehen und erklären: Die Absichten Abessinien gegenüber Italien sind so friedlich, daß, wenn Italien auch den letzten Mann und die letzte Kanone aus Eritrea und Somali zurückziehen wollte, Abessinien auch nicht einen Stein dieser beiden italienischen Kolonien antastet würde. Wir haben mit Italien einen Freundschafts-, Schlichtungs- und Schiedsvertrag. Diesem Vertrag will Abessinien treu bleiben. Dieser Vertrag bietet Abessinien und Italien Mittel und Wege und alle nach dem schwereren Zwischenfall im Dezember vorigen Jahres entstandenen Fragen für beide Teile friedlich und ehrenvoll zu lösen.

Rom. Im Verlaufe der Truppentransporte sind Mittwoch der italienische Personendampfer „Leonardo di Vinci“ aus Messina und der Dampfer „Arabia“ aus Neapel in See gegangen.

Der Reichsbischof wieder obenauf? Empfang durch Hitler

Berlin. (Tsch. P. B.) Der Empfang des Reichsbischofs Müller durch Hitler wird in evangelischen Kreisen als ein Vorgang von großer Bedeutung angesehen. Es ist noch nicht lange her, daß ein bei Hitler angekündigter Empfang des Reichsbischofs abgesetzt wurde, weil der Reichszentralrat angeblich durch politische Veränderungen verhindert sei.

Während die Gegner Müllers in diesem ausgefallenen Empfang damals schon ein Zeichen dafür sahen, daß Müller in Ungnade gefallen sei, bezeugt der Empfang des Reichsbischofs durch Hitler alle solche Erwartungen. Umgekehrt erwartet man, daß die Politik der Einigung der evangelischen Kirche unter der Leitung Müllers wieder neuen Boden gewonnen hat.

Dr. Beneš für konsequente Planwirtschaft

Die großen Aufgaben der Koalition
nach den Wahlen

Prag. Außenminister Dr. Beneš sprach Mittwoch im Industriellenklub in deutscher Sprache über das Thema „Wohin führt die Nachkriegsentwicklung der Wirtschaft.“

Dr. Beneš legte dar, wie Krieg und Revolution dazu führte, daß der Staat die Basis des wirtschaftlichen Liberalismus verließ und selbst wirtschaftliche Funktionen zu übernehmen begann. Diese Entwicklung geht trotz der kurzen Konjunkturperiode, die im Jahre 1928 endete, weiter. Der Weg vom ökonomischen Liberalismus zur Sozialpolitik führt weiter: zur planmäßigen Wirtschaft, in der die Funktion des Unternehmers, die wirtschaftliche Funktion überhaupt, erst eine soziale Funktion wird und man von der Sozialgesetzgebung zu einer die Wirtschaft selbst regelnden Gesetzgebung übergeht.

In vielen Staaten, in Deutschland, Italien, Sowjetrußland, wird heute autoritär in die Wirtschaft eingegriffen. Das ist vielfach nur eine Folge des autoritären politischen Regimes. Aber auch in demokratischen Staaten, Belgien, England, den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Tschechoslowakei gibt es deutliche Ansätze zu einer Planwirtschaft.

Die Tschechoslowakei steht vor außerordentlich schwierigen Wirtschaftsproblemen. Die Industrialisierung agrarischer und halbagrarischer Staaten, die die wichtigsten Abnehmer tschechoslowakischer Industrieprodukte waren, verursachte einen katastrophalen Exportschwund. Es ist unabweisbar, daß der Export je wieder seinen alten Umfang annimmt, obwohl jede mögliche Exportförderung erfolgen muß. Darum ist der innere Markt, der heimische Konsum doppelt wichtig. Der Konsum eines inländischen Konsumenten beträgt aber nur die Hälfte eines westeuropäischen, ein Drittel eines amerikanischen Konsumenten. Größerer Absatz im Inland und erhöhte Lohnniveau können die Industrie in stärkerem Maße beschäftigen.

Doch das genügt nicht. Was wir brauchen, ist wirtschaftliche Planung, Organisation von Konsum und Absatz, bewußte und bereitwillige Zusammenarbeit aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren.

Mißglückter Pumpversuch Schuschniggs in London?

Paris. (Tsch. P. B.) Zu den Londoner Unterredungen der österreichischen Minister fährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, daß die Gespräche sich nicht nur um politische, sondern auch um finanzielle Angelegenheiten bewegten. Es wurde zunächst über den Donaupakt verhandelt, aber die britischen Minister, welche ihre diesbezügliche Verantwortlichkeit möglichst beschränken wollen, versuchten es, das Gespräch auf allgemeinem Boden zu halten.

Einer der Punkte, auf denen die österreichischen Minister am meisten verharren und den die britische Regierung zur Kenntnis nahm, ist der, daß Österreich wolle, seine Integrität möge in dem gleichen Maße garantiert werden, wie die Unabhängigkeit der anderen Staaten, welche den Pakt unterschreiben. Mit anderen Worten, der mitteleuropäische Pakt müsse auf der Grundlage völliger Gegenseitigkeit begriffen werden.

Bezüglich der finanziellen Fragen erhielten die österreichischen Minister nach den Informationen des Londoner Berichterstatters des „Echo de Paris“ bloß die Zusicherung, daß die Herabsetzung des Zins-

In der Landwirtschaft finden wir bereits Anfänge einer Einfuhr- und Preisregelung. Eine gründliche Analyse der Produktionsmöglichkeiten und der zugänglichen Märkte und die notwendigen planmäßigen Regelungen müssen auch auf anderen Gebieten erfolgen, nicht nur, um Arbeit zu schaffen, sondern auch um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Industrien lebensfähig sind und welcher Teil der Arbeiterschaft in den Produktionsprozess wieder eingegliedert werden kann.

Wirtschaftsplanung, sagte Dr. Beneš, muß großzügig sein. Palliativmittel genügen nicht. Es ist kein Zufall, daß Rußland einen Fünfjahresplan wählte, und auch wir müssen mit Entschiedenheit und Klarheit unseren Weg auf weitere Entfernung sehen. Der Volkswirtschaft, der Technik, der Statistik ist hier eine große Aufgabe gestellt und es werden die Einrichtungen und Institute geschaffen werden müssen, die der Wissenschaft die Möglichkeit der Erfüllung ihrer richtunggebenden Funktion geben.

Man muß einen Fünfjahresplan für die Organisierung unserer landwirtschaftlichen Produktion und Distribution erstellen, vor die Einfuhr neuer Rohstoffe ermöglichen, die wir für unsere Exportindustrien brauchen.

Regulierte Wirtschaftsführung hat allerdings die Tendenz, zur Autarkie in sich; Autarkie würde aber politisch, sozial und wirtschaftlich unser Verderben bedeuten. Darum müssen wir so vorgehen, daß wir ehstens wieder zum internationalen Austausch zurückkehren können.

Die kommenden Wahlen sollen nicht so sehr darüber entschieden, wer regieren wird, als was wir tun wollen. Die Koalition wird nach den Wahlen großzügig und konsequent die notwendige Aktion beginnen. In einer regulierten Wirtschaftsführung wird man ein System Zeit — eine mindestens fünfjährige Periode — wissenschaftliche Methoden, einen Finanzplan benötigen. Wenn die gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen über die Sicherheitspakte zu Ende geführt sind und der Friede gesichert ist, können wir mit Ruhe an den Wirtschaftspläne gehen, der die wirtschaftlichen Verhältnisse regeln, aber die Freiheit unverändert lassen wird.

fusses der österreichischen Anleihe des Völkerbundes von 6 auf 4½ Prozent, aber keineswegs die Zusage einer neuen Anleihe in Erwägung gezogen werden würde. Die Londoner Finanzkreise sollen sich jeder neuen Anleihe an Österreich gegenüber ablehnend verhalten, da sie die Stellung der gegenwärtigen österreichischen Regierung nicht für fest genug erachten. Sie befürchten auch die Möglichkeit des Anschlusses und erachten die Anleihe von englischem Geld in Österreich unter diesen Umständen als ein Wagnis. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg soll in London auch darauf gedrungen haben, daß Österreich das Prinzip der militärischen Gleichberechtigung zuteil werde, welches ihm nicht vorenthalten werden könne, wenn es Deutschland zugestanden werde.

Nach weiteren Informationen des Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ soll die österreichische Regierung jedwede Zusammenarbeit mit den österreichischen Nationalsozialisten ablehnt und eher eine „Annäherung“ an die Sozialdemokraten und andere oppositionelle Gruppen zugestanden haben.

Friedrich Ebert Zu seinem 10. Todestag

Heute vor zehn Jahren durchlief die Welt die Trauerkunde, daß der erste Präsident der Deutschen Republik, Friedrich Ebert, gestorben war. Am 9. November 1918 hatte er aus den Händen des letzten kaiserlichen Reichskanzlers, des Prinzen Max von Baden, das Kanzleramt übernommen, am Tage darauf war er von einer wildbewegten Versammlung der Arbeiter und Soldatenräte zum Volksbeauftragten gewählt worden. Drei Monate später wählte ihn die Nationalversammlung zum Präsidenten der Deutschen Republik. Als sich die Verhältnisse besichtig hatten, verlangte Ebert von der Regierung, daß alsbald entsprechend den Vorschriften der Verfassung die erste Wahl des Präsidenten durch das Volk vorgenommen würde. Aber der Reichstag beschloß mit ungeheurer Mehrheit, Ebert zum Bleiben aufzufordern, und verlängerte seine Amtsperiode bis zum Juni 1925. Am 28. Feber desselben Jahres starb er, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß damals das deutsche Volk von einer keinen Kinderheit unbeherrschter Jnaniler abgesehen, die Verdienste des Toten dankbar anerkannte und an seinem Grabe aufrecht trauerte.

Sechs Jahre lang hatte Ebert an der Spitze der Deutschen Republik gestanden. Davon waren fünf von einem tragischen Existenzkampf des deutschen Volkes erfüllt, dessen Größe die Welt vergessen zu haben scheint. In jene Zeit fällt die erzwungene Unterzeichnung des Friedens von Versailles, die militärische Okkupation Westdeutschlands, der blutige Kampf um den Osten mit den Polen, das Londoner Finanzultimatum, der Ruhrkampf, Innenpolitisch ist sie gekennzeichnet durch den Spartakusaufstand von 1919, den Kapp-Putsch von 1920, den mitteldeutschen Aufstand von 1921, den Münchener Hitlerputsch von 1923. Wirtschaftlich bedeutet diese Häufung außen- und innenpolitischer Komplikationen soviel wie chronische Gefährdung der Volksernährung, Lahmlegung der Produktion, Arbeitslosigkeit und Entwertung der staatlichen Zahlungsmittel bis zum Nullpunkt. Alle Höllegeister der Vernichtung waren in diesen furchtbaren fünf Nachkriegsjahren auf das unglückliche deutsche Volk losgelassen, und sein unvermeidliches Schicksal schien ihm auf die Stirne geschrieben. Es hieß Zerfall und Untergang.

Dann aber, Ende 1923, ändert sich mit einem Schlage das Bild. Nach dem Abschluß des Ruhrfriedens besetzten sich die Verhältnisse im Innern; mit heroischen Anstrengungen gelingt die Stabilisierung der Mark. Die deutschen Reparationen werden 1924 durch den Dawesplan geregelt, die Wirtschaft funktioniert wieder, ausländisches Kapital frömt ins Land. Die Linie wird sichtbar, die später über Locarno in den Völkerbund und zur vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes führt.

Jetzt erst ist Deutschland wirklich eine Republik. Das Reichsbanner marschiert durch Städte und Dörfer mit wehenden schwarz-rot-goldenen Fahnen, Kunst und Kirche, Wissenschaft und Presse, sind frei. Jeder liest, was ihm gefällt, besucht die Versammlungen, die ihn interessieren, spricht auf Markt und Gasse mit selbstverständlicher Freiheit seine Meinung aus. Die Löhne, durch das staatlich anerkannte Tariffsystem geschützt, erreichen Höhen, wie kaum in einem „Siegerlande“, die Sozialleistungen desgleichen. Noch ist Deutschland kein glückliches Land, gibt es kapitalistische Ausbeutung und proletarische Not übergenug — aber soll man sich nicht zutrauen, auch mit diesen Problemen fertig zu machen, nachdem man schon so viele andere gelöst hat? Für die Zeit von Ende 1923 bis zu Eberts Tode gilt das Faustwort:

Vernunft fängt wieder an zu sprechen,
Und Hoffnung wieder an zu blühen.

Was damals geschaffen wurde, war von jedem Standpunkt aus betrachtet, eine staatsmännische Leistung ersten Ranges. An ihr hatte Ebert einen Hauptanteil. Mit einem politisch weniger erfahrenen, weniger mutigen und äben Mann an der Spitze wäre Deutschland schon damals ohne weiteres in den Ortus hineingefegelt. Ebert aber sah in seinem bescheidenen Arbeitszimmer in der Wilhelmstraße, empfing dort seine Besucher und formte

In unruhigen Gesprächen mit Männern aller Parteien und Berufe den Willen, der der deutschen Politik ihre Richtung gab. In die Öffentlichkeit trat er selten. Aber er lehnte sich aus dieser Enge heraus, er wollte nach Ablauf seiner Amtszeit wieder als freier Staatsbürger und Sozialdemokrat zu neuen politischen Kämpfen antreten. Eine kurze Krankheit mit tödlichem Ausgang bereitete all diesen Plänen ein jähes Ende.

Das deutsche Volk verdankt Friedrich Ebert viel. Viel verdankt ihm auch die deutsche Arbeiterklasse, der er entsprossen ist und die allen Grund hat, auf ihn stolz zu sein. Heute durchschreiten die sozialistischen Arbeiter in Deutschland eine Zone der Verwirrung. Sie sind durch die Wucht der Ereignisse wie beläut und suchen einen neuen Standpunkt, von dem aus sie das Erlebte beurteilen können. So viel aber bleibt gewiß: Die Arbeiterbewegung Deutschlands wird nun eine Zukunft haben, wenn sie — bei aller Selbstkritik im Einzelnen — den Mut findet, sich zu ihrer Vergangenheit und ihren Leistungen zu bekennen. Sie ist nicht frei von Fehlern, aber noch reicher an großen Leistungen.

Je tiefer das Deutschland von heute in Armut und Schande versinkt, desto heller erscheint das Bild jener Vergangenheit und in ihm die Gestalt Friedrich Eberts. Sein Grab auf dem Bergfriedhof von Heidelberg liegt heute verlassen. Aber die Zeit wird kommen, in der ein befreites Volk es mit Kränzen unvergänglicher Dankbarkeit schmücken wird.

Abgeordneter Slaviček aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen

Prag, Mittwoch früh beschloß der Vorstand der tschechischen nationalsozialistischen Partei einstimmig den Ausschluß des Abgeordneten Jan Slaviček aus der Partei. Slaviček hat daraufhin in einer Inschrift an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses sein Mandat zurückgelegt.

Slaviček, der in der Partei seit langem die Interessen der Gewerbetreibenden betreute, soll sich, wie Abgeordneter Kotalický referierte, in einer Sitzung des Zentralverbandes der nationalsozialistischen Gewerbe- und Kaufmannsverbände „in ganz unberechtigter Weise für die Unterdrückung des politischen Gegners und gegen die eigene Partei“ ausgesprochen haben.

Das „A Jez“ schreibt dazu in einem Kommentar, daß auf die führenden Stellen der Gewerkepolitik junge, energische Leute gehören. Die Führung könne nicht einem Mann anvertraut werden, der zwar seine Verdienste habe, der aber schon zu wenig leistungsfähig und energiegelant sei. Slaviček habe das nicht eingesehen, sondern habe an seinem Mandat geklebt und deshalb gebe er jetzt dorthin, „wo politische Kreise noch Mandate erhalten.“

Mit dem letzten Hinweis ist offenbar die tschechische Gewerkepartei gemeint, der sich Slaviček genähert haben soll, als er erfuhr, daß er von seiner eigenen Partei nicht mehr ins Parlament landwidert werden wird. Slaviček gehörte zu den prominenten Männern der nationalsozialistischen Partei. Er war eine Zeitlang auch ihr Vertreter im Parlamentspräsidium und Vorsitzender des Abgeordnetenkubs.

Gegen die Hetze der Genossenschaftsgegner!

Gesamtstaatliche Erklärung der organisierten Verbraucher im Namen einer Million Genossenschaftsfamilien

Am Mittwoch fand in Prag die Generalversammlung der Interessenzentrale der Genossenschaftsverbände (Ústřední svaz H. družstev, Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, Ústřední svaz H. družstev, Regiojednota, Moravsko-lesklá jednota) unter Beteiligung des Regierungskommissärs des Ministeriums für soziale Fürsorge statt.

In dieser Generalversammlung gab der Vorsitzende Emil Lůhý einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Rechtslage der Konsumgenossenschaftsbewegung sowie über die Schritte, die im Interesse der Genossenschaften unternommen wurden, um ihrer ungerechtfertigten Verfolgung auf einer festen gesetzlichen Grundlage zu begegnen. Er gab bekannt, daß sich die vorgeschlagene Regierungsverordnung, welche diese Verhältnisse regeln soll, im interministeriellen Verfahren befindet und daß mit dem Finanzministerium über die Revellierung des Gesetzes betreffend die besondere Erwerbstätigkeit eingehend verhandelt wird. Aus diesen Verhandlungen ging hervor, daß die Regierung von den Genossenschaften materielle

Dopfer fordert, die die Genossenschaften in einer angemessenen Höhe unter der Bedingung zu bringen gewillt sind, daß die Mängel der Gesetzgebung geregelt werden, die eine ungerechtfertigte Schikanierung der Genossenschaften ermöglichen.

Diese offene und der Staatsverwaltung gegenüber lokale Handlungsweise wurde von den Oppositionsparteien zu einer heftigen, auf die politischen Wahlen abgestimmten Kampagne benutzt. Diese Parteien haben ein Interesse daran, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Genossenschaften unter die Bevölkerung Haß und Unruhe zu tragen. Die Genossenschaftsbewegung aller Verbände ist stark genug, um die Angriffe abzuwehren und hat der gesamten konsumierenden Bevölkerung kundgetan, daß sie sich in ihren Bestrebungen, die Interessen der Verbraucher zu wahren, nicht beeinträchtigen lassen wird.

In Anbetracht dieser Umstände hat die Generalversammlung der Interessenzentrale der Genossenschaftsverbände folgende Entschlüsse gefaßt:

In der Verteidigung der Arbeit der Genossenschaften für die breitesten Schichten der Bevölkerung

(Antwort an die Kaufmannschaft)

Die Generalversammlung der Interessenzentrale der Genossenschaftsverbände, die am 27. Februar 1935 stattfand, hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das Justizministerium der Regierung eine Novelle über die Regelung einiger Verhältnisse der Genossenschaften vorgelegt hat. Dadurch wird einem Verlangen entsprochen, das die am 18. Dezember v. J. stattgefundene gesamtstaatliche Kundgebung der Konsumgenossenschaften stellte, und zwar, daß die Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung die Genossenschaften schützen möge gegen die Aktionen der Händlerorganisationen, namentlich gegen provokative, zum Zwecke der Schädigung der Genossenschaften vorgenommene Einkäufe durch gedungene Leute. Diese Forderung ist allen Gruppen der Genossenschaften, namentlich der in der Genossenschaft organisierten landwirtschaftlichen Genossenschaften gemein. Wir erwarten daher, daß die Regierung der Tschechoslowakischen Republik diese Novelle genehmigt und eine Regierungsverordnung herausgibt, die sämtliche, bisher freitragenden Fragen in einer solchen Weise regelt, daß sich die Genossenschaften ungehindert ihrer gemeinnützigen und auf dem Grundsatze der Selbsthilfe beruhenden Tätigkeit zum Vorteile von Millionen ihrer Mitglieder und deren Familienangehörigen widmen können.

Indem wir einzig und allein diesen Zweck verfolgen, weisen wir entschieden die Erklärung des Zentralrates der Kaufmannschaft zurück, welche behauptet, daß es uns nur um die Erweiterung von bisherigen Vorrechten der Genossenschaften zum Nachteil des Einzelhandels geht. Die Genossenschaften besitzen keinerlei Vorrechte, insbe-

sondere keine Steuerbefreiungen gegenüber dem Einzelhandel, obwohl sie diese schon mit Rücksicht auf ihre unergiebigen Zwecke verdienen würden, die kein Unvorrechtensnummer mit den Profitorientierten des Privathandels verglichen kann.

Die erforderliche Novelle bedeutet keineswegs eine Schädigung der Staatsfinanzen, wie die Erklärung des Zentralrates der Kaufmannschaft der Öffentlichkeit einreden möchte. Sie wird im Gegenteil dem Staate eine Erleichterung in der Verwaltung bringen, was mit den allgemein gültigen Bestrebungen zur Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung im Einklang steht. Die Genossenschaften erfüllen sämtliche, ihnen von Gesetz und Verordnungen auferlegten Pflichten, namentlich die ordentliche und rechtzeitige Zahlung der Steuern und Abgaben und werden auch in Zukunft dem Staate geben, was ihm gebührt.

Die Genossenschaften können daher mit Ruhe die Angriffe jener abwehren, die sich zu unrecht als die Hauptstützen des Staates bezeichnen und dabei Unruhe und Mißtrauen verbreiten. Abschreibungen von Mißhandlungsständen an Steuern und Abgaben fordern, nichts zur Erneuerung des Wirtschaftslebens beitragen, jede Maßnahme, die auf die Steigerung des Lebensstandards hinführt, ablehnen und im Gegenteil laut Erleichterungen, Subventionen und Subsidien für ihren Stand und dessen Organisationen fordern.

Auf zwei Stühlen kann man nicht sitzen

Unter diesem Titel befaßt sich das „Čestě Slovo“ an leitender Stelle mit geistlichen Strömungen in der Agrarpartei. Am Sonntag hat nämlich in der Generalversammlung der tschechischen landwirtschaftlichen Gesellschaft ein Agrarier namens Dr. Křijovský gesprochen und als das Programm der Agrarpartei die Beherrschung des Staates durch seine Partei hingestellt. Er sagte:

Die Agrarpartei geht in die kommenden Wahlen mit dem Programm, die große nationale Mehrheit samt Industrie und Städten an sich zu reißen und so die Regierung des Staates ganz in ihre Hände zu nehmen.

Mit Recht hält das „Čestě Slovo“ dem von Dr. Křijovský ausgesprochenen Standpunkt gegenüber, was die verantwortlichen Führer der Partei Ministerpräsident Kárpis, die Minister Dr. Černý und Hodža und der Generalsekretär Beran gesagt haben. So hat sich Kárpis am 30. Jänner folgendermaßen geäußert:

Das allgemeine und gemeinsame nationale Interesse ist um so sicherer gewahrt, je größer die einzelnen Interessen sich miteinander zur Zusammenarbeit auf dem Wege eines friedlichen und gerechten Ausgleiches der Bedürfnisse der einzelnen Schichten und Gruppen verbinden. Darum ist in unserer demokratischen Verfassung, an der wir bis in alle Konsequenzen festhalten, der Zustand einer solchen ruhigen Zusammenarbeit, sei es in der Gesetzgebung, sei es in der Regierung, der einzig gesunde... Als größte Partei sind wir uns der Größe unserer Verantwortung bewußt, messen und zu ihr und rufen auch alle übrigen dazu auf.

Wenn auch die Ausführungen des Dr. Křijovský nicht die Meinung der führenden Männer der tschechischen Agrarpartei darstellen, so sind sie doch ein Zeichen dafür, welche Strömungen in dieser Partei vorhanden sind. Freilich hat der „Čestě Slovo“ die Ausführungen des Dr. Křijovský nicht gebracht.

Märzkassenscheine werden bar eingelöst

Am 1. März 1935 werden die auf Grund des Finanzgesetzes für das Jahr 1933 ausgegebenen 52-prozentigen Staatskassenscheine fällig. Diese Kassenscheine können vom heutigen Tage angefangen, behufs Vorlösung bei der Kassenabteilung der Direktion der Staatskassa in Prag III., Malostranské nám. Nr. 2, vorgelegt werden. Der Gegenwert wird bei der Staatskassentrakasse in Prag zum 1. März 1935 zur Auszahlung angewiesen werden. Die außerhalb Prags wohnenden Parteien können das Inkasso bei den zuständigen Steuerämtern beanspruchen.

Die Vorlösung dieser Kassenscheine, von denen für 168 Millionen Kč im Umlauf waren, ist dadurch möglich geworden, daß beim Umlauf der zum 1. Februar fälligen Bonds die neuen Kassenscheine, obwohl sie nur 4,5 Prozent tragen, fast überzeichnet wurden. Der Heberschuh wird nun zur Barablösung der jetzt fälligen Bonds verwendet.

Die Brücke nach Upsilon

Roman von Fritz Rosenfeld

„Er lief über die Straße, er war herrlos. Ein Auto kam vorüber und ersahle ihn. Die Mäder gingen über ihn hinweg. Er lebte noch, aber das Unabänderliche war bereits beschlossen. Er zappelte mit den Beinen in der Luft, er sah, man sah keine Verletzung an seinem Körper, aber das Rückgrat mochte gebrochen, das Herz zermalmt worden sein. Ein paar Minuten kämpfte er verzweifelt, dann sank er am Straßennrand nieder, seine Klanken zitterten noch, und dann lag er stumm und still.“

Seit diesem Tag toffen wir, was Todeskampf ist: ein von vornherein vergebliches Ringen mit einem Gegner, der schon gewonnen hat, ehe er auf den Plan tritt. Wir haben ihm gesehen ins Auge gesehen, als der Saug in die Grube sank. Er steht heute neben uns.“

Die Worte martierten Carlotta, dieses stumpfe, schicksalsbereite Sich-Untertwerfen. Dieser sahle Ton, das ewige „wir“ — es war, als gäbe es kein ich mehr für die beiden Frauen, als seien sie aneinandergefesselt, zwei Strahlende, die beide sterben müssen, wenn der eine einen falschen Schritt macht und in den Abgrund gleitet. Sollte Carlotta sie trösten? Es wären leere Worte gewesen, dürrig und ärmlich und vollkommen ohnmächtig gegen die Stimmung der Todesvergebenheit, die die beiden Frauen erfasst hatte. Aber sie durfte sich nicht mitreden lassen in die Schattenviebel, sie zogen die Gedanken unaufhaltsam hinab und lähmten den Schlag ihres Herzens.

Ihre Hand lag auf der Stirn Gregors, es war ihr, als verschloße sie die Pforte, durch die alles Leben aus ihm strömen müßte, ging sie fort. Raymond sprach, von den kleinen Dingen ihres

Alltags, auch hier brach eine Pforte auf und Leben entströmte, das bisher durch eine enge, verschlossene Welt geteilt hatte. Da sitzt du nun neben einem Scherker und zwei geschwägigen alten Frauen, die nur vom Tode reden, sagte sich Carlotta. Marcel hat sich einen günstigeren Platz gewählt. Er tanzte drüben mit Kenia, man hörte sie beide laut lachen, Clarissa freilich auf, wenn er einen Witz erzählt.

Raymond sprach weiter, von einem Haus, einem Garten, der alten Frau, die nichts auf der Welt hatte als ihren Sohn, und der war ein Lump, der sie bestahl. Dennoch war sie glücklich.

„Sie hatte ein Kind“, sagte Georgia. „Eine Frau, die kein Kind hat, hat gar nicht gelebt.“ Carlotta hörte nur mit halbem Ohr. Wenn alle Frauen mittelalt werden, machen alle Romane auf, die sie gelesen und als Ersatz für ungeliebtes Leben in ihrem Herzen aufgespeichert haben. Ein Kind?

Sie wollte sehen, wie Marcel mit Kenia tanzte. Ob sie gut zusammenpaßten? Was Kenia nicht zu klein, war sie schonigsam genug, das Spiel mit den wilden, ungezähmten Seiten, das sich nur nach unglücklich mißbeholter Probenarbeit in den Rhythmus der tanzenden Truppe einspannen ließ? War sie eifersüchtig? Auf einen Mann, den sie haßte?

Sie haßte die beiden alten Frauen in diesem Augenblick, sie haßte Gregor, der dalaq, mit glühenden Pulsen, mit fliegendem Atem. Sie nahm langsam ihre Hand von seiner Stirn, sie konnte nicht länger auf verlorenem Posten gegen den Tod kämpfen, die alten Frauen sollen es tun, sie konnten ihn enger, sie waren ihm näher. Mit einem Blick sah sie Georgia, ihre Stelle einzunehmen.

Frau Avory drückte in einem Winkel Lidia, Greit und Clarissa, sie saßen immer zu Marcel hinüber, der mit Kenia in der Mitte des Bartelsaals einen Tango tanzte. Das Grammophon spielte den Schlager, den Frau Avory einstudierte, Marcel pfiff die Melodie, nach der er tanzte. In einem anderen Winkel bearbeitete Ludovica einen kleinen

Gong. Frau Avory sah, aber weder Marcel noch Ludovica ließen sich von ihren schrillen Rufen stören.

Carlotta hielt sich die Ohren zu, sie wollte nicht hören, sie wollte nur sehen. Ganz eng schmiegte sich Kenia an Marcel, sie tanzen nicht schlecht, wenn er sie in die Schale nahm, er würde sie sicherlich zu einer brauchbaren Partnerin ausbilden. Er sah, daß Carlotta ihn beobachtete, aber sein Gesicht, starr hingegenen an den Rhythmus, verriet ihm nicht. Sie soll sehen, daß ich sie nicht brauche. Doch sie erfährt ist. Jederzeit.

Olaßen stand hinter Carlotta, das Licht der Kerzen spielte in ihrem Haar, ein helles Gold schimmerte auf stivischen mattenen, braunen Strähnen.

Sie spürte seinen Atem im Nacken, wendete sich um. Sein Blick war ein stummer Vorwurf: sie hatte ihren Platz verlassen, sie duldete den Lärm, der den letzten Rest ihrer Nervenkraft aufzehren müßte.

„Wann kommt der Wagen?“ fragte Carlotta.

„Der Kellner ist noch nicht zurück. Der Heizer versucht jetzt, den Radioapparat zu reparieren. Wenn wir wissen, was wirklich vorgefallen ist, werden die Wahnsinnigen dort wieder Beirung annehmen.“

„Marcel“, sagte Carlotta. „Hör doch auf Ludovica! Gregor hat hohes Fieber. Wenn ihr krank dalagt — was würdet ihr sagen...“

„Schlafen, schlafen würde ich“, rief Marcel, „und mich um nichts kümmern. Am wenigsten um Dinge, die mich nichts angehen.“

Er wollte sie reizen. Der Zwischensfall gestern abend — die Rosen, die er in die Kuffie geschleudert, die Szene nachher, und die Nacht, die folgte. Ich will nicht mehr, sagte eine Stimme in ihr, ich muß von ihm loskommen, er unterjocht mich, und wenn er mich eines Tages wegwirft. Es darf nicht sonst kommen. Er soll bei Kenia bleiben. Sie paßen gut zueinander. Sie sind beide gemein,

Sie wird ihm zurückzahlen, was er mir angelastet hat.

Carlotta ging ans Büfett. Marinka hatte einen großen Eimer vor sich und wusch Geschir ab, ihre Armele waren aufgeschwemmt, ihr Haar leuchtete vom Wasserdunst. Halling sah ihr zu, eine dicke Zigarre im Mund. Auch die pahten zueinander, dachte Carlotta. Der fetter Alte mit der gepuderten Bricsafäse, und das kleine Mädel, das nichts weiß von der Welt. Er wird sie laufen, und sie wird wohnen, das Glück sei zu ihr gekommen. Wer weiß, vielleicht war das immer noch besser als neben Marcel leben. Der Alte schien gutmütig, er würde nicht so streng mit ihr sein. Nicht jeden Abend denselben Streit beginnen um Kleinigkeiten, um nichts. Nein, es ging so nicht weiter. Sie mußte Schlup machen. Heute oder morgen, Besser heute.

Sie trank ein Glas Brantwein. Marcel hat ihr oft Brantwein gegeben, bevor sie austrat. Trinkt, du wirst besser tanzen, sagte er. Sie mußte, daß Artisten nicht trinken sollen, daß der Brantwein die Nerven aushöhlte, daß sie früher sehr erlebte, verbraucht ist, um Jahre früher, wenn sie trinkt. Vielleicht wollte er das. Dann wurde er immer stärker. Kenia würde trinken, Kenia macht in ihrer grenzenlosen Dummheit alles, was er von ihr fordert. Aber eines Tages wird auch in ihr der Widerstand erwachen. Und sie wird sich nicht damit begnügen, davonlaufen. Sie wird sich rächen wollen. Dann wird ihm alles heimgezahlt, alles.

Sie haßte Marcel, aber auch der Haß ist eine Form der Liebe, hatte sie irgendwo gelesen. Sie mußte auch diese Liebe töten. Sie mußte gleichgültig werden gegen ihn, gleichgültig gegen seine Worte, gegen seinen Griff, gegen seine Liebesorgane, gegen seine Klüße. Dann gelang es ihr, vielleicht, ihn abzuschnitten.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

SHF-Führer zahlt Schundlöhne!

Der „Volksgenosse Unternehmer“ ohne Maske — Sozialdemokratische Massenversammlungen in Grulich

Vor einiger Zeit fand in Grulich eine SHF-Versammlung statt, in welcher der Henleinredner **Wollner** durch fortgesetzte Provokationen die Empörung der Arbeiter weckte und die Auflösung erzwang. Unsere Genossen, die dadurch gebündelt waren, sich mit den Henleinleuten auseinanderzusetzen, hatten für Sonntag, den 24. Februar, eine öffentliche Versammlung einberufen und dazu unter Zustimmung voller Redefreiheit die SHF eingeladen. Die tapferen Heimattreuer schienen aber keine Sehnsucht nach einer Auseinandersetzung mit geistigen Waffen zu haben und blieben deshalb der Versammlung fern. Dafür waren die sozialdemokratischen Arbeiter in großer Zahl erschienen, auch einige Kommunisten hatten sich eingefunden. Als der Genosse **Kädel** die Versammlung eröffnete, füllten über 500 Personen den Saal. Der als Referent erscheinende Genosse **Ernst Paul** aus Prag hielt, oft von Zustimmung unterbrochen, eine wirkungsvolle Rede mit den Henleinfaschisten. In schonungsloser Weise enthüllte er den Schwindel von der Volksgemeinschaft. Großes Aufsehen riefen die Feststellungen unseres Redners hervor.

Daß der Führer der SHF in Grulich, der Fabrikant **Josef Hübner**, die ärgsten Schundlöhne zahlt. Um etwaigen Abkennungsversuchen von vornherein zu begegnen, erbrachte Genosse **Paul** den Nachweis, daß von 82 in dem Unternehmen des Herrn Hübner Beschäftigten in der Krankenversicherung

zwei in der zweiten Lohnklasse (Tagelohn 6 bis 10 Kč) und 18 in der dritten Lohnklasse (Tagelohn 10 bis 14 Kč) angemeldet sind!

Die soziale Gesinnung dieses SHF-Unternehmers geht weiter auch aus der Tatsache hervor, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ab 30. August 1934, also in der Zeit der ärgsten Krise, in eine niedrigere Lohnklasse gemeldet wurden, woraus aus eine empfindliche Lohnkürzung geschlossen werden kann. Der Volksgenosse Fabrikant nützt also die allgemeine Notlage der Arbeiterschaft zu vermehrter Ausbeutung aus. Das ist das wahre Gesicht der Volksgemeinschaft. Man kann nun freilich verstehen, daß die Henleinfaschisten Auseinandersetzungen scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Marke „Volksgemeinschaft“

Je mehr der deutsche Bürger von der Volksgemeinschaft redet und je mehr die bürgerlichen Zeitungen darüber schreiben, desto mehr klaffen die Gegensätze zwischen den einzelnen Schichten innerhalb der deutschen Bevölkerung. Ja man kann auf Grund von allerlei Wahrnehmungen behaupten, daß das viele Gerede über die deutsche Volksgemeinschaft nur dem schlechten Gewissen des deutschen Bürgers über den Verfall eines Teiles seiner Volksgenossen, an dem er nicht ganz unschuldig ist, entspringt. Als Unternehmer hat er sich bis jetzt erfolgreich einer finanziellen Leistung für die Arbeitslosen zur Wehr gesetzt, hat alles getan, um die Wirksamkeit der staatlichen Arbeitsvermittlungsdienste zu hemmen, stellt mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte ein und läßt möglichst viel Überstunden schinden, um die Betriebsrente zu vergrößern. Darüber hinaus ist der deutsche Unternehmer ebenso tätig bei der Nationalisierung seines Betriebes wie sein tschechischer Kollege, hat der Produktion genau die gleiche raffinierte Methode der Arbeitsteilung zugrunde gelegt wie es der amerikanische oder japanische Fabrikant getan hat.

So wie der Unternehmer hat auch der politisch gleich orientierte Kleinbürger allen Versuchen, der Arbeitslosigkeit mit radikalen Mitteln zu begegnen, bisher den größten Widerstand entgegensetzt. Dafür aber haben sich alle diese lieben deutschen Bürger ein Mittel gegen die Not des deutschen Arbeiters ausgedacht: die deutsche Volksgemeinschaft. Was immer man in der letzten Zeit tut, es geschieht im Interesse dieser Gemeinschaft aller Deutschen. Der Kampf gegen die Nazis ist nur im Interesse der Volksgemeinschaft, beides nicht zur Rettung der Kapitalisten und

Das Störerschutzgesetz Entwurf des Postministeriums fertig

Das Postministerium hat den Entwurf eines Gesetzes gegen Störungen des Rundfunkempfangs fertiggestellt. Die Vorlage, welche in neun Paragraphen Vorschriften über die Beseitigung von Störquellen, Bestimmungen über die Kontrolle der Erfindung und Strafbestimmungen für den Fall der Nichterhaltung enthält, wurde dem interministeriellen Verfahren übergeben und soll nach in dieser Session der Nationalversammlung erledigt werden. Wie werden auf diese Gesetzesvorlage, welche für die Radiolörer von größter Wichtigkeit ist, noch ausführlicher zurückkommen.

ihrer Vorrechte in der Gesellschaft, die Erhöhung der Lebensmittelpreise im Interesse der Volksgemeinschaft mit den Bauern, die Einführung neuer Abgaben in der Gemeinde für die Volksgemeinschaft, und nicht wie so viele sagen, für die Entlastung der Besitzenden zugunsten der Arbeitslosen; und schließlich hat das Bürgerium die Finanzierung der Henleinbewegung mit der „Volkshilfe“ im Interesse der Volksgemeinschaft vorgenommen. Aber nicht nur das! Man mühte sich nur im Rasch die Ankündigungen für ihre diversen Veranstaltungen, wie Maskerredouen, Eisfeste, Välle, Faschingskauen etc. lesen, um zu erfahren, daß sich der deutsche Bürger bei all diesen Veranstaltungen auch nur im Interesse der Volksgemeinschaft langweilt, tanzt und trinkt. Vielleicht um ein paar Arbeitslose als Kellner und einige ihrer Frauen als Garderobierinnen zu beschäftigen, vielleicht auch um ihnen etwas Freude zu verschaffen, indem man sie vor den Ballonierten Spalier stehen läßt, wenn die Herrschaften vor dem Portal des Ballhauses den Wagen verlassen oder in prunkvollen Wagen das Eis betreten. Immer alles nur für die Volksgemeinschaft! So sagt man, aber so empfindet man auf der anderen Seite nicht. Da weiß man, daß alles Gerede von der Volksgemeinschaft nur Selbstbeschwörung niedriger Gesinnung ist. Doch bei den Arbeitslosen weiß man schon, daß die Volksgemeinschaft von Tag zu Tag lockerer wird, daß sich die Luft immer mehr vertieft und bald nicht mehr zu überbrücken sein wird. Woher Volksgemeinschaft kennt keine Almosen, sondern nur das Recht auf Brot und Erfüllung aller Bedürfnisse, sie feiert keine Feste für die Armen, sondern nur mit ihnen, sie wird, kurz gesagt, nicht durch das Wort, sondern durch die Tat. Was wir jetzt an der Volksgemeinschaft als Wirklichkeit empfinden und feststellen, ist einzig und allein ihr Mißbrauch im Interesse der herrschenden Klasse, um sich selbst noch aus der Not dreier Schichten eine Waffe zu schaffen, mit der sie die Parasiten unserer Zeit schlingen und aus der sie politisch Kapital zu schlagen versuchen.

SHF droht mit Irredenta

Wir haben bereits über die landbändlerische Versammlung in Tschau berichtet, in der Herr **Pierchut** einen seiner sattem bekannten Vierzüge zwischen P.D. und SHF, ausführte, und von dem Gegenredner der SHF, der in schärfer Weise gegen **Pierchut** loszog, obwohl doch gerade dieser allgemein als der eifrigste Protektor der SHF, bekannt ist.

In Ergänzung dieses Berichtes erfahren wir noch, daß der SHF-Redner, ein biederer Versicherungsmann aus Pilsen, für den Fall, als gegen die SHF behördliche Maßnahmen ergriffen werden sollten, ganz offen mit Irredenta drohte.

Wenn man die Leipziger Sendebereiche gegen die Tschechoslowakei und die gegen den tschechoslowakischen Staat in reichsdeutschen und deutschamerikanischen Blättern eingestellten Nachrichten, die alle durch die Wort die SHF „Zensur“ unterliegen, mit dieser Tatsache in Zusammenhang bringt, kann sich die Tschechoslowakei wohl darauf gefaßt machen, daß die Affäre Formis keine Einzelerscheinung bleibt und zumindest der Versuch unternommen wird, die nationalsozialistischen Gangstermethoden aus Oesterreich in kurzer Zeit auch auf die Tschechoslowakei zu übertragen.

Weit gebracht hat es zweifellos der frühere Sekretär der kommunistischen Partei **Eugen Reibichel**, der von seinem derzeitigen Domizil Oberalfstadt bei Trautenau im „Prager Tagblatt“, das er früher nicht oft genug herunterreihen konnte, einen offenen Brief veröffentlicht, weil er als Vater von zwei Kindern, trotz aller Bemühungen keine Mischkarten bekommen konnte. Wir vermögen momentan nicht zu sagen, ob der Klageruf des Herrn **Reibichel** berechtigt ist oder nicht, aber eines wissen wir, daß nämlich dem **Reibichel** nicht unbekannt ist, daß das „Prager Tagblatt“ die letzte Stelle ist, an die sich ein Prolet mit einer Beschwerde wegen mangelhafter Durchführung der staatlichen Mischaktion wendet. Wenn er es trotzdem tut, dann hat er entweder die Absicht, zu beweisen, daß er Hilfe nur von bürgerlicher Seite zu erwarten hat oder um darzutun, daß er nichts mehr mit Kommunisten und Sozialdemokraten zu tun haben will, kurzum, um sich bei gewissen Stellen beliebt zu machen. Das eine wie das andere läßt den Radikalismus des Herrn **Reibichel**, der früher bei jeder Gelegenheit, besonders im Kampfe gegen die Sozialdemokraten zu beobachten war, in einem sehr eigenartigen Lichte erscheinen.

Von einem Krematorium in Adniginhof a. G. Die Stadtverordneten in Adniginhof hat vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, ein Krematorium zu errichten. Mit dem Bau soll bereits im Jahre 1935 begonnen werden. Damit wird auch vorläufig der Streit zwischen den zwei deutschen Gemeinden Trautenau-Jungbunz entschieden, die sich um die Bewilligung — Trautenau offenbar nur zum Schein — für die Erbauung eines Krematoriums bewarben. Denn ein zweites Krematorium in einem so engen Raum wäre zur Zeit eine Notanlage von Kapital, das nur unter günstigen Umständen aufzubringen wäre.

Kein Empfang Henleins durch Malypetr

Prag. Das Tschechoslowakische Pressbüro meldet, daß die Nachrichten einiger Blätter über eine Einladung Konrad Henleins zum Vorsitzenden der Regierung Malypetr nicht auf Wahrheit beruhen.

Dazu wollen wir lediglich feststellen, daß wir nicht von einer Einladung Malypetrs an Henlein, sondern davon gesprochen haben, daß umgekehrt Henlein einen Empfang durch den Ministerpräsidenten anstrebe. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß der Ministerpräsident — im Gegensatz zu einer Reihe anderer, auch außerparlamentarischer Faktoren im tschechischen Lager — sich von jeder persönlichen Verührung mit der SHF streng fernhält.

Nach einem ziemlich erfolgversprechenden Anlauf im Klinskenpuzen bei verschiedenen tschechischen Politikern und auch in Staatsämtern dürfte gerade dieser Rückschlag vom Generalstab der SHF doppelt unangenehm empfunden werden.

Keine Amnestierung Jungs

Die „Lib. Robin“ dementieren die von interessierter Seite ausgestreuten Gerüchte, daß die seinerzeitigen Nazi-Abgeordneten **Jung**, **Schubert** und **Köhler**, gegen die ein Schutzgesetzverfahren schwebt, auf Grund der Amnestie anlässlich der Präsidentschaftwahl demnächst amnestiert werden sollen. Das Prager Kreisgericht habe das gesamte Material bereits überprüft und der Prozeß gegen die drei ehemaligen Abgeordneten soll bereits in den nächsten Wochen beginnen.

Und Henleins Generalstab?

Das Blatt macht ferner darauf aufmerksam, daß gegen die Mitglieder des seinerzeitigen **Kameradschaftsbundes**, aus dem bekanntlich der Generalstab Henleins hervorging, noch immer ein Schutzgesetzverfahren schwebt. Die Herren **Brand**, **Sebekowski**, **Kundt** u. a. hätten schon vor einiger Zeit auf Grund der Amnestie bei der Präsidentschaftwahl Kandidatschaft überreicht, über die aber noch nicht entschieden sei. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Bund der Landwirte bemühte sich Henlein neuerdings um Verschleimung der Amnestierung seiner engsten Mitarbeiter.

„Loyalität“ der Henleinpresse

Die von Henlein gleichgeschalteten Blätter, die immer und immer wieder, wenn irgendeine Gefahr droht, bekunden loyal dem Staate gegenüber zu stehen, die immer und immer wieder über den Notstand im deutschen Gebiete der Republik schreiben und Abhilfe fordern, die seit Wochen über jede Zehnkronennote, welche die SHF einem armen Teufel als Preis für seine Seele gibt, lange Artikel schreiben, sie finden die sonst an ihnen gewohnte Sprache nicht, wenn vor irgend einer Staatsstelle der Forderung nach Krisenhilfe Rechnung getragen wird, sie bagatelisieren dann eine solche Meldung und wenden alle technischen Kräfte an, um jeder derartigen Meldung die politische Wirkung zu nehmen. In diesen hier erwähnten Zeitungen gehört vor allem die „Reichenberger Zeitung“, die mehr noch als nur von Henlein gleichgeschaltet ist. Aber auch sie will als Staatsdiener gelten. Besonders dann, wenn es dem Herrn **Kostla** in den Kram paßt. Aber sonst macht sie in Henleinmethode. So schreibt das Blatt über die „wahrscheinliche“ Aussprache Englands — Deutschland groß aufgemacht an erster Stelle des Blattes am letzten Samstag einen zwei Spalten langen Artikel, ohne dabei auch nur einen konkreten Satz zu verwenden. Über die Winter- und Frühjahrsperiode der Arbeitslosenhilfe des Fürsorgeministeriums aber schreibt die gleiche Zeitung genau 26 Zeilen. Dabei handelt es sich um einen Vertrag von mehr als 32 Millionen Kč, der für die Frühjahrsperiode bewilligt wurde, also einen recht ansehnlichen Betrag. Es handelt sich weiter um die Höfen- und Zuckerkartoffel für die Arbeitslosen, also auch hier um Millionenbeträge und eine gewaltige Hilfe für die Arbeitslosen. Dafür hat nun die „Reichenberger Zeitung“ 26 Zeilen Raum an letzter Stelle der zweiten Seite und die Hoffnung, daß es hier von den wichtigsten Lesern entdeckt wird. Denn der Leser der „Reichenberger“ soll wohl von dem Notstand in der Tschechoslowakei, nicht aber von der Krisenhilfe unterrichtet werden. Er muß in den Klauen der Henleinpresse gefangen werden, daß es bei uns wohl Gleich, aber keine staatliche Hilfe gibt. Die soll der Leser nur von Deutschland und der SHF kennen lernen. Im übrigen aber bleibt die gleiche Presse dem Staat gegenüber weiter loyal.

Besuch in Moskau noch nicht bestimmt

London. Im Unterhaus erwiderte Sir **John Simon** am Mittwoch nachmittags auf eine Anfrage, er könne noch keine weitere Auskunft darüber geben, ob er auch Moskau besuchen werde.

Besteiro fordert Gnade für die verurteilten Revolutionäre

Madrid. (Tsch. P. B.) Der ehemalige Vorsitzende der Cortes, **Besteiro**, besuchte den Ministerpräsidenten **Lerroux** und forderte für alle wegen Teilnahme an dem Aufstand zum Tode verurteilten Personen Gnade.

Der Bericht des Obersten Gerichtshofes, betreffend die vier Todesurteile, beantragt Begnadigung für zwei der Verurteilten, darunter auch für den Abgeordneten **Menezo**.

Eine Delegation der Journalistenvereinigung ersuchte den Ministerpräsidenten **Lerroux**, das Erscheinungsverbot gegen „Gerald“ und „El Socialista“ aufzuheben. **Lerroux** antwortete, daß der Fall des Blattes „Gerald“ im Ministerium in Verhandlung kommen wird, während die Entscheidung über das Blatt „El Socialista“ erst nach Aufhebung des Belagerungszustandes werde gefällt werden können.

Tschirschky in Wien

Wien. Der Legationsrat der deutschen Gesandtschaft **Tschirschky**, der bekanntlich kürzlich Wien verlassen und sich ins Ausland begeben hat, kehrte Dienstag wieder nach Wien zurück. Pressevertretern gegenüber erklärte **Tschirschky**, daß er aus dem diplomatischen Dienst ausgetreten sei. Jede weitere Information verweigerte **Tschirschky**. Er sagte bloß, er gehe ins Ausland. Blättermeldungen zufolge wurde der reichsdeutsche Gesandte **Papen** im Zusammenhang hienis zur Berichterstattung nach Berlin berufen.

Auslandsanleihe gegen Benzinmonopol?

Sir Deterding in Berlin

Berlin. Sir **Henry Deterding** will wieder in Berlin. Es verlautet, daß er sich um ein deutsches Benzinmonopol bewirbt. Allerdings wollen die offiziellen nationalsozialistischen Kreise von einem Benzinmonopol für eine ausländische Gesellschaft nichts wissen. **Deterding** bietet dem Vernehmen nach eine große Anleihe in der Höhe von 800 Millionen Mark an, die er für das Benzinmonopol zur Verfügung stellen will, doch ist man demgegenüber sehr skeptisch, da sowohl **Deterding**, wie die Royal Dutch zwar über sehr bedeutende Guthaben verfügen, die aber eingefroren sind, so daß es schwer sein dürfte, auf dieser Grundlage noch eine neue Anleihe ins Auge fassen zu können.

Arbeitslose demonstrieren

London. „News Chronicle“ meldet aus St. Johns auf Neufundland, daß Tausende von Arbeitslosen, Männer und Frauen, sich Dienstag vor dem Wohlfahrtsamt versammelten und für mehr Lebensmittel, Brennholz und Kleider verlangten. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt die erregte Menge mit Mühe zurück. „News Chronicle“ zufolge genährt die Regierungskommission den Arbeitslosen eine Unterstüfung von dreieinhalb Pence pro Tag. Die Kindersterblichkeit soll infolge der Lebensmittelnot und Kälte ungewöhnlich hoch sein. Neufundland, das 1933 in eine schwere Finanzkrise geraten war, wird von einer Kommission der britischen Regierung verwaltet. Deshalb verlangt „News Chronicle“ unverzügliches Einschreiten der Londoner Regierung, die nach Ansicht des Blattes die moralische Pflicht hat, den notleidenden Neufundländern zu helfen.

Japans panasiatische Bestrebungen

Schanghai. (Tsch. P. B.) Der japanische Gesandte **Dohihara** ist am Dienstag nach Kanton zu Besprechungen mit den dortigen politischen und militärischen Führern abgereist. Vor seiner Abreise erklärte er, daß er in China mancherlei Sinnesänderung festgestellt habe. Alle chinesischen Staatsmänner wünschten die Wiederbelebung des asiatischen Geistes gemäß dem Testament **Sun Yat-sen** (der sich das aber wesentlich anders gedacht hat! D. Red.).

In Kürze

Brüssel. Die belgische Regierung beschloß, das Parlament um Verlängerung der **Sonderverordnungen** zu ersuchen, welche ihr auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten für drei Monate bewilligt worden waren. Die Regierung verpflichtet sich, daß sie keine weiteren Kürzungen der Gehälter der Staatsangestellten fordern wird, da deren Gehälter bereits bis zur Grenze der höchsten Opferbereitschaft gekürzt worden seien.

Bütsch. (Tsch. P. B.) Zwischen Anhängern der jungen sozialistischen Garde und Mitgliedern der nationalen Legion kam es hier zu ersten Zusammenstößen, wobei zwei Mitglieder der nationalen Legion ziemlich ernst verletzt wurden.

29 Todesopfer eines Moskauer Fabrikbrandes

Moskau. In der Graphitabteilung der Moskauer Bleistiftfabrik „Rassin“ brach infolge der Explosion am Hochdruckkompressor ein Großfeuer aus, das alle drei Stockwerke der Abteilung erfasste. Zur Bekämpfung des Brandes wurden sämtliche Abteilungen der Moskauer Feuerwehr eingesetzt. Die genaue Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Indessen hat man durch Befragen der Familienangehörigen der in dem Werk beschäftigten festgestellt, daß 29 von ihnen in den Flammen umgekommen sind. Die Zahl der Verletzten ist ebenfalls sehr groß. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen ist sofort ein Sonderauschuß eingesetzt worden.

Tagesneuigkeiten

Ein 63jähriger vergeht sich an anvertrautem Kind

Mittwoch tagte das Prager Schwurgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es ist ein abschließender Fall. Durch Vermittlung einer humanitären Korporation wurde die noch nicht 14-jährige Christine W., ein deutsches Kind aus dem Randgebiet, dem 63jährigen Häusler und Schuhmacher Wendelin Benedikt in die Obhut gegeben. Das unterernährte, blutarme und schwache Kind, Tochter eines armen Abbrändlers, der durch das Feuer an den Bettelstab gebracht wurde, sollte in dieser Familie nicht nur häuslich lernen, sondern sich auch erholen und den schwachen Körper kräftigen. Doppelt tragisch, daß die menschenfreundliche Absicht zum Bösen ausschlug und dem Kinde zum Unheil wurde. Die Kleine wurde bei ihren Pflegereltern gut aufgenommen und die gutmütige Frau des Angeklagten räumte dem Kinde sogar ihr Bett ein und schlief im Vorraum, so daß ihr 63jähriger Mann mit dem Pflegerind in einem Raum allein war. Der Alte begann allmählich das Kind zu belästigen und ihm nachzustellen. Christine wagte, teils aus Furcht, teils aus Scham, nichts zu verraten. Erst in einem Brief an die Mutter einer Freundin beklagte sich das Kind über die schändlichen Nachstellungen des Wüstlings und so kam der empörende Sachverhalt zutage und der Weis vor das Schwurgericht. Was bei der Verhandlung vor sich ging, entzieht sich natürlich der Berichterstattung. Die Verhandlung endete damit, daß die Geschworenen die Hauptfrage auf Reizsucht nur mit sieben Stimmen bejahten, so daß die erforderliche Mehrheitsmeinung nicht erreicht wurde. Dagegen bejahten sie einstimmig die Frage auf das Verbrechen der Schändung. Der Gerichtshof unter Vorsitz des O.B. Kaplan verurteilte den Angeklagten zu acht Monaten schweren Arzters.

Nach neun Jahren gefaßt

Mhorod. Im Juli 1926 wurde die Kasse der Mhoroder Fabrik für gebogene Möbel ausgeraubt und hierbei nahezu 130.000 Kč entwendet. Erst jetzt gelang es der Mhoroder Polizei, den Angestellten der Mhoroder Elektrizitätsgesellschaft Karl Klimlo der Teilnahme an diesem Raube zu überführen. Klimlo gab an, daß der Haupttäter Michal Hreno war, welcher gleichfalls bei der Elektrizitätsgesellschaft angestellt ist. Dieser wurde im Vorjahre wegen großer Diebstähle zum Schaden der Elektrizitätsgesellschaft verhaftet und befindet sich beim Kreisgericht in Mhorod in Untersuchungshaft. Der dritte Teilnehmer an dem Raube war Felix Kavara, Maschinist der Elektrizitätsgesellschaft, welcher auf Anstiften Hrenos die Kassa erbrochen hatte. Hreno gab von dem gestohlenen Gelde Klimlo 20.000 Kč, Kavara 5000 Kč und bewahrte für sich etwa 100.000 Kč an einem unbekanntem Orte. Seine beiden Helfershelfer haben bereits ein Geständnis abgelegt und wurden in die Haft des Kreisgerichtes eingeliefert.

Ein Arzt als Kokain-Schieber

Mhorod. Die Mhoroder Polizei hielt am Dienstag den Kinderarzt Dr. Ignaz Schwoimer an, welcher in einer Apotheke eine größere Menge von Kokain anbot. Schwimmer gab an, daß er das Kokain im Werte von 14.000 Kč von dem Geschäftsmann Teitelbaum in Ruslako, der Geschäfte mit Kokain vermittelte, gekauft hat. In der Wohnung Dr. Schwimmers wurde ein halbes Kilogramm Kokain beschlagnahmt. Dr. Schwimmer und Teitelbaum wurden wegen Hebereugung des Gefälligkeits in die Gerichtschaft nach Mhorod gebracht.

Schon Frühjahrssaat in Schlesien

Infolge der plötzlichen Erwärmung begannen in Schlesien bereits in der vergangenen Woche die Frühjahrsaubarbeiten. Geft wurden Weizen, Gerste und Rohn. Gleichzeitig wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Bedienung begonnen.

9000 km in einem Flug

Zakust. Der Pilot Galischev hat auf seinem Flug in die Nacht von Liski Zakust erreicht und damit ohne Aufenthalt eine Strecke von 9000 Kilometer zurückgelegt.

Schwere Grippe in Ungarn

Budapest. Die Grippe-Epidemie nimmt nicht nur in Budapest, sondern namentlich auf dem Lande zu. In einigen Fabriken und Werkstätten sind bis zu 80 Prozent der Arbeiter krank. In Ledersburg mußten alle Schulen gesperrt werden.

Mit 25 Mann gesunken

New York. Die Nachforschungen nach dem Dampfer „Blairgowrie“ sind eingestellt worden. Das Schiff dürfte mit seiner 25köpfigen Besatzung untergegangen sein.

Lebenslänglich für einen 16jährigen

Sacramento (Kalifornien). Das hiesige Schwurgericht verurteilte einen 16jäh. Knaben zu lebenslänglicher Haft. Der Knabe war des zweifachen Mordes angeklagt. Er hatte seine beiden Schwestern im Alter von sechs und sieben Jahren in eine Eislammer eingeschlossen, wo sie erstickten.

Dreht deutsche Filme! Seit einigen Tagen läuft in London der Prager Film „Der Kupf“, jenes Werk der Voskober und Berich und des Regisseurs Mac Tric, das die bisher beste Leistung des tschechischen Films darstellt und deshalb wie kein anderes geeignet ist für die heimische Filmproduktion im Ausland zu werden. Das angesehenste englische Sonntagsblatt „Observer“ hat nun auch in einer ausführlichen Besprechung die Vorgänge dieses Films anerkannt und dabei besonders den „demokratischen Eifer“ gewürdigt, der aus ihm spricht. Aber einen Mangel bedauert der englische Kritiker: die tschechischen Dialoge, die im Ausland fast niemand verstehen könne. Er befähigt das Recht der hier schon oft erhobenen Forderung: dreht deutsche Filme am Barrandov, stellt deutsche Tysung en eurer besten Werke her! Mit jenen gleichgeschalteten Schundfilmen, die bisher das einzige Deutsch der Barrandov-Leute waren, hat man nicht einmal im Dritten Reich Achtung und Erfolg errungen. Mit deutschen Filmen von der Art des „Der Kupf“ aber könnte man mehr erreichen, vor allem auch eine Steigerung unserer Filmausfuhr. Die Voraussetzungen sind die denkbar günstigsten: nicht nur, daß ein großer Teil des Inlandspublikums deutsch versteht und daß die besten heimischen Filmemacher (Voskober, Berich, Haas und Vrtan) die deutsche Sprache hinreichend beherrschen, — der österreichische, schweizerische, ungarische und polnische Markt stünde solchen Filmen offen, und auch in England, Frankreich und Amerika würden sie eher verstanden, als tschechische Dialoge.

Der Bande Adolf Heinrichs auf der Spur. Durch die Teilnahme des angeblich lettischen Staatsangehörigen Vilenstein in A u s s i g (Böhmen), der mit seinem richtigen Namen Adolf Heinrich heißt und der bis zum Januar 1933 in Berlin einen umfangreichen Handel mit ungeliebten Bildern und Schriften getrieben hatte, ist es jetzt der Berliner Kriminalpolizei gelungen, einer großen weitverbreiteten Bande auf die Spur zu kommen, die im Auftrag Heinrichs unglückliche Vilder

und Schriften in ganz Deutschland vertreibt. Heinrich, der nach dem politischen Umsturz nach Estland geflüchtet war, hatte dort eine neue Zentrale errichtet, von wo aus er fast alle europäischen Staaten, darunter Deutschland, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei mit seinen Erzeugnissen überschwemmt. Dabei hatte er die Abnehmer noch vielfach dadurch betrogen, daß er ihnen an Stelle der geforderten Bilder u. Schriften wertloses Zeitungspapier überlieferte.

Leichenfund am Jelschen. Im Jelschenwalde wurden zwei Leichen aufgefunden, in denen zwei Mörder festgestellt wurden, und zwar der 43jährige August Gustav Böhm und die 27jährige Hanel, geborene Leiner. Beide waren seit Anfang Jänner d. J. vermißt worden. Die Gen darmerie stellte fest, daß Böhm die Frau durch einen Schuß in die linke Schläfe getötet und dann auf doppelte Weise Selbstmord verübt hatte. Nachdem er seinen Kopf in eine Schlinge gesteckt hatte, brachte er sich in die rechte Schläfe eine Schußverletzung bei. Die Ursache der Tat ist noch unbekannt, doch dürfte sie auf unglückliche Liebe zurückzuführen sein. Böhm hatte zu der verheirateten Frau Hanel ein Verhältnis unterhalten und sie bereits einmal entführt.

Bergarbeiter-Tod. In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Uniontown in Pennsylvania erfolgte nach der Entgleisung einer Grubenbahn ein Erdsturz, durch den vier Bergleute getötet und mehrere verletzt wurden.

Ein toter Wadposten. Ein vor der Van! von England in London Wache stehender Posten wurde Mittwoch früh mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Die Amtsstellen lehnen jede Auskunft ab. (Nach einem mehr als hundertjährigen Brauch wird die Post von England jede Nacht von einer Abteilung Soldaten bewacht.)

Das schlechte Vorbild. In Magdeburg erschoss ein fünfzehnjähriger Junge, altüber Funktionär der Hitlerjugend, einen sechsjährigen Knaben. Aus persönlichen Motiven? Keineswegs! Bei seiner polizeilichen Einvernahme, bei der er keinerlei Spuren von Reue zeigte, sagte der hoffnungsvolle Jüngling ruhig, daß er „nur habe sehen wollen, wie weit und wie gut sein Dienstrevolver schießt.“ Bei dieser „Diensthandlung“ sei ihm dann der „bedauerliche Fehlschuß“ passiert. Wie die Alten sungen, so — modern auch die Jungen!

Christlicher Sozialismus. Aus Wien wird berichtet, daß im Gemeindefiskusum und in den Kasernen die Zivilmieter gekündigt und delogiert werden. Bisher wurden rund 1000 derartige Wohnparteien wohnungslos, die in Wohnungen Baracken, welche die Stadtgemeinde bauen will, untergebracht werden sollen.

In Deutschland keine Gerichtsferien mehr. Die deutsche Rechtsregierung hat ein Gesetz beschlossen, durch das die Gerichtsferien beseitigt werden. Die bei den preussischen Gerichten während des letzten Jahres gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, daß sich auch ohne Gerichtsferien der Rechtspflegebetrieb reibungslos und gleichmäßig durchführen lasse.

Kindergeld-Banknoten tauchen auf? Gavas meldet aus Vostok, daß die Polizei einen Reisenden fände, der kürzlich ein Flugbillet mit zwei aus der Vostokbanknote Kindergeld stammenden Zehn-Dollarnoten besaß. Damit würde der kürzliche Prozeß in einem neuen Licht erscheinen.

Der gekränkte Ballettmeister. Am Dienstag kam es in der Warschauer Oper zu einem Zwischenfall, der große Erregung hervorrief. Der Chef des Balletts der Pariser Oper Sergej Lifar, der soeben an der Warschauer Oper gastierte, gewählte vor einigen Tagen polnischen Journalisten ein Interview, in welchem er sich mit Reserve über den künstlerischen Wert des Balletts der polnischen Oper aussprach. Bei der dienstägigen Probe trat der Ballettmeister der Warschauer Oper Cieplinski an Lifar heran und fragte ihn, ob er auf seiner Erklärung beharre. Als dieser bejahend antwortete, verfecht Cieplinski einige Obergungen. Sergej Lifar weigerte sich hierauf, bei der Abendvorstellung aufzutreten und ersuchte um Einsprechen des französischen Botschafters und des polnischen Außenministers. Cieplinski wurde am Mittwoch seines Amtes enthoben.

Frauentag ist Kampftag!

Am Frauentag demonstrieren wir gegen Barbarei, für Recht, Freiheit und Sozialismus

150 Kilogramm Opium beschlagnahmt. Auf der Straße Marjeille-Paris wurde ein Automobil beschlagnahmt, in welchem 150 Kilogramm Opium transportiert wurden. In dem Wagen wurde auch ein Verzeichnis der Aufschaffhändler in Paris gefunden, die auf Grund desselben wahrscheinlich in Haft genommen werden.

500 Schafe verbrannt. Ein riesiges Großfeuer, dem 500 Schafe und zahlreiches Kleinvieh zum Opfer fielen, brach am Dienstag spät abends in Reepka bei Neubrandenburg aus. Außer den beiden Schafställen brannten auch daneben liegende Gebäude bis auf einen kleinen Schuppen nieder. Da das Feuer in zwei Schafställen fast gleichzeitig ausbrach, liegt mit größter Wahrscheinlichkeit Brandstiftung vor.

Neue Sowjetmarken. Anlässlich der Aufnahme des Verkehrs auf der Moskauer Untergrundbahn wird in der Sowjetunion eine neue Wartenferie von 5, 10, 15 und 20 Kopfen mit der Darstellung einzelner Momente des Baues der Untergrundbahn herausgegeben. Zum ersten Jahrestage der Rettung der Tscheljuskin-Mannschaft wurde in der Sowjetunion eine Serie von Briefmarken im Werte von 1, 3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 40 und 50 Kopfen mit den Bildnissen der an der Rettung der Tscheljuskin-Mannschaft beteiligten Hingebenen, des Kapitäns des „Tscheljuskin“, Woronin, des Professors Schmidt usw. herausgegeben. Die Marken wurden für den Luftpostverkehr hergestellt.

Die nächste Olympiade in Italien? Die Kenter aus Oslo melden, wird die Veranstaltung der Weltolympiade-Spiele im Jahre 1940 mit größter Wahrscheinlichkeit Italien anvertraut werden, wiewohl Japan und Finnland die größten Anstrengungen unternehmen, um die Veranstaltung der Olympiade in ihren Ländern zu erreichen. Die definitive Entscheidung über den Ort der nächsten Olympiade wird Freitag erwartet.

Die Grippe in Japan hat in den letzten drei Tagen unter der Bevölkerung so rasch zugenommen, daß fast keine Familie von ihr verschont wurde. Die Krankheit befällt mehr die erwachsene Jugend und die Erwachsenen als die niedrigeren Schulklassen, in denen die Kinder erst jüngst unter einer Masern- und Scharlach-Epidemie zu leiden gehabt hatten.

Die staatlichen Musikprüfungen für Privatlehrer werden in Prag in der Frühjahrperiode 1935 ausnahmsweise bereits in den ersten Märztagen stattfinden. Anmeldungen mit den erforderlichen Belegen nimmt die Direktion der Prüfungs-Kommission für private Musiklehrer in Prag II, na Slovanech 320 bis zum 10. April entgegen.

Morgan verkauft Sammlungen

Das Büro des New Yorker Finanzmannes J. P. Morgan teilt mit, daß die berühmte Sammlung von etwa 900 Eisensteinminiaturen aus dem 16. bis 19. Jahrhundert, die sich im Besitze des Multimillionärs befinden, im Laufe des Jahres veräußert werden soll. In kurzer Zeit waren bereits sehr berühmte alte Meister aus dem Besitze des Millionärs zum Verkauf angeboten worden. Gerüchweise verlautet, daß Morgan nach England zu übersiedeln gedenke und deshalb so viel wie möglich von seinem Besitz flüssig zu machen suche.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen!

Freitag
Prag, Sender L.: 10.05 Deutsche Nachrichten, 10.15 Deutsche Musik, 12.10 Folger auf Schallplatten, 15.55 Konzert des Lubricek-Quartetts, 16.45 Tscheljuskiner Sprachkurs für Deutsche Oberer, 18.20 Deutsche Sendung; Neb. Schmeißel: Sportnachrichten, 18.25 Bürgermeister und Landesvertreter Folge I: Jugendfürsorge und Finanzlage der Gemeinden und Bezirke, 18.45 Arbeiterkundung; Aktuelle 10 Minuten, 20.00 Konzert des Gesangsvereines tschechischer Lehrer, 20.45 Konak: Wondellieder, 21.15 Orchesterkonzert. — Sender S.: 14.20 Schallplatten, 15.00 Deutsche Sendung; Fuchs: Von idyllischen dreizehn, 19.30 Chanson, — Brunn: 13.40 Orchesterkonzert, 18.00 Schall, 18.20 Deutsche Sendung; Maria Lucias Nacht, Sörspiel, 19.30 Neue tschechischer Operetten. — Währ.-Österr.: 18.30 Deutsche Sendung; Reise nach Mallorca. — Freiburg: 19.00 Unterhaltungsmusik.

Einen Kurzwellen-Senderturm veranstaltete die Zentrale der tschechoslowakischen Amateuren der Vesperung aller Interessenten Donnerstag den 28. Febr., um 19 Uhr in Prag I., Kramitzsch 5. Anschrift: Československi amaterski vysilac, Praha I., postovni schranka 69.

Fürchterliche Bluttat eines Rutschers bei Pardubitz

Frau und Kind erschossen und erschlagen — Selbstmordversuch

Pardubitz. In der Nacht auf Mittwoch, etwa gegen Mitternacht, wurde in dem Hofe Telle bei Kolan und Labem ein Doppelmord und ein Selbstmordversuch verübt. Auf dem Telticer Gute, welches Josef Waly gepachtet hat, arbeitete der 28jährige Thomas Kovacs aus der Slowakei als Rutscher. Er lebte mit seiner Lebensgefährtin und einem einjährigen Kinde auf dem Gute in einer Teputatwohnung. Kovacs, der als rober Mensch bekannt war, mißhandelte seine Lebensgefährtin und soll ihr einmal mit der Ernennung gedroht haben. Diese unmenschliche Behandlung veranlaßte sie, in einem an die Eltern gerichteten Briefe, von ihren unerfreulichen Lebensverhältnissen Mitteilung zu machen. Ihre Eltern schrieben ihr, sie möge mit ihrem Kinde sofort in ihre slowakische Heimat zurückkehren. Dieser Brief geriet Kovacs in die Hände und erregte ihn so, daß er beschloß, einen Doppelmord zu ver-

üben. In der Nacht auf Mittwoch erschossen aus seiner Wohnung Schußdetonationen und zugleich Schreie. Als die Gut bewohnenden Personen sich vor seiner Wohnung ansammelten, fanden sie die Türe abgeschlossen. Als sie die Tür erbrachen und in die Wohnung eindrangen, fanden sie Kovacs neben seinen Opfern bewußtlos liegen. Kovacs hatte seine Lebensgefährtin und sein Kind durch einige Schüsse getötet und das blutige Werk mit dem Beile vollendet. Dann brachte er sich einen Schnitt an der Kehle bei und feuerte einen Schuß aus dem Revolver gegen seine Stirn ab. Diese Verletzungen waren aber nicht tödlich. Kovacs wurde ins Kolinier Krankenhaus gebracht. Er wird dort zum Bewußtsein gebracht und sofort verhört werden. Die Bluttat wird von der Gen darmerie in Kolan und von der Gen darmerie-Jahrbuchstation in Chrudim untersucht.

Der Bericht der Gewerbeinspektoren

Der vom Genossen Dr. Czech eingeführten Tradition folgend, gibt das Ministerium für soziale Fürsorge einen äußerst instruktiven Bericht über die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren im Jahre 1933 heraus. Die einzelnen Kapitel, mit denen wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden, schildern die wirtschaftliche Lage und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft, die Erfahrungen, die bei der Durchführung der sozialpolitischen Schutzgesetze gemacht wurden, die vorbeugenden Maßnahmen für die Sicherheit bei der Arbeit, den Schutz der arbeitenden Jugend, den gegenwärtigen Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung und die in Vorbereitung befindlichen gesetzlichen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet. Das größte Interesse wird auch diesmal die Schilderung der erzielten technischen Fortschritte und der Rationalisierungserfolge sowie ihre Wirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterschaft finden.

Einleitend stellt der Bericht fest, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1933 ihren Höhepunkt erreichte, nachdem im Feber dieses Jahres 920.182 Arbeitslose gezählt wurden, was gegen das Jahr zuvor eine Steigerung um 50 Prozent bedeutete. Unter diesen Umständen wuchsen auch die Anforderungen an die Staatskasse, welche erhebliche Mittel für die Arbeitslosenfürsorge aufzubringen mußte. Die staatliche Finanzverwaltung und ein Teil der Öffentlichkeit tiefen daher, wie der Bericht ausführt, nach einer weitgehenden Einschränkung der Fürsorgemaßnahmen. Wenn auch das Ministerium für soziale Fürsorge in langwierigen Verhandlungen die geforderten radikalen Veränderungen der bisher geltenden Bestimmungen über das Genet System verhindern konnte, so bedeutet die neue, bis Ende des Jahres 1933 strengere Fassung des Gesetzes eine föhrlbare Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen. Leider stellt der Bericht nicht fest, daß mehr noch als die Herabsetzung der Unterstühtungen die bürokratische Art der Kontrolle und die zahlreichen überflüssigen Schikane, welche sowohl die Arbeitslosen wie die Gewerkschaften treffen, Anlaß zu ständigen Klagen geben. Hier würde sich der Minister zweifellos ein Verdienst erwerben, wenn er der Durchführung des Gesetzes eine Aufmerksamkeit zuwenden und die hohe Ministerialbürokratie befehlen würde, daß die Gewerkschaften auch als Träger des Genet Systems immer noch freie Gewerkschaften bleiben wollen und sollen. Man erweist auch der Demokratie keinen guten Dienst, wenn man die nützliche und notwendige Kontrolle mit überflüssigen, kostspieligen und zeitraubenden Schikane verwechselt. Ebenfalls muß heute schon darauf gedrungen werden, daß die Bestimmungen, bel. der vorübergehenden Regelungen des Gesetzes über das Genet System nicht mehr verlängert werden und der ursprüngliche Wortlaut des Gesetzes nach Ablauf der vorgesehenen Frist wieder hergestellt wird.

Der Bericht besagt es, daß wir immer noch keine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung haben, welche die obligatorische Meldung aller freierwerbenden Stellen an die staatlichen Arbeitsvermittlungsanstalten vorschreibt. Mit Recht wird festgehalten, daß eine durchdachte, gut organisierte und einheitlich geführte Regelung des Arbeitsmarktes eine der Voraussetzungen der Gesundung des Wirtschaftslebens ist. Es ist fast unbegreiflich, warum diese Maßnahme, die doch wahrlich keinerlei Belastung nach irgendeiner Seite darstellt, immer noch nicht durchgeführt wurde. Ein gewisser Fortschritt wurde mit Hilfe der Regierungsverordnung vom 20. April 1934 über die Einstellung von Betrieben und gegen die Maschinenstellung von Arbeitern erzielt. Da diese Verordnung demnach abläuft, ist jetzt schon Sorge dafür zu tragen, daß ihre Wirksamkeit verlängert werde.

Die andauernde Wirtschaftskrise drückt schwer auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter. Besonders litt auch der vertragliche Schutz der Arbeiterschaft und

Vorfrühlings-Katastrophen

Unglück zur See und in den Bergen

London. Einer Flohds-Meldung zufolge hat der britische Dampfer „Blairgowrie“ (3250 Registertonnen), der sich im Atlantischen Ozean ungefähr halbwegs zwischen Island und Neufundland befindet, „SCS“-Rufe ausgesandt und berichtet, daß er steuerlos bei schwerem Sturm dahintreibt und sein Vorderraum bereits zur Hälfte voll Wasser sei. Mehrere Schiffe, darunter der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Europa“, änderten sofort ihren Kurs, um Hilfe zu leisten. Um 5 Uhr früh waren drei Dampfer an der bezeichneten Stelle eingetroffen. Die „Europa“ meldete durch Funkpruch, sie habe die „Blairgowrie“ bisher nicht fischen können und werde bis Tagesanbruch an Ort und Stelle verbleiben, um sie zu suchen. Auch der amerikanische Dampfer „American Banner“ und der niederländische Dampfer „Bloemerddal“ melden, daß sie vergeblich Ausschau halten. Sie berichten ferner, daß der Wind Orkanstärke besitze und die See berghoch sei.

Mailand. Bei Venedig ist ein mit Petroleum-fässern beladenes Motorfahrzeug infolge des schlechten Wetters gesunken, wobei drei Personen den Tod fanden. Die drei Männer der Besatzung hatten sich an die umherdriftenden Oelfässer geklammert, zwei von ihnen verloren jedoch infolge der eifrigen Hilfe bald die Kräfte und versanken. Das Unglück

wurde vom Land aus bemerkt. Ein T u b e n t und ein R o b o t e r stürzten sich in die Fluten, um den dritten Schiffsbrüchigen, der sich bis auf eine feuchte Stelle gerettet hatte, Hilfe zu bringen. Als er die beiden herannahen sah, schwamm er ihnen entgegen; doch verließen auch ihn die Kräfte und er versank, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Venedig. Während eines heftigen Sturmes kenterte auf der Lagune eine Barke. Drei Personen sind hierbei ertrunken.

Albertville (Frankreich). Die Leichen von drei Ausflügler n, welche bei einem Schneesturm verschwunden sind, wurden gefunden.

Hohenelbe. Bei den sonntägigen Skiwett-kämpfen in Spindlermühle ereigneten sich zwei Unfälle. Die ersten Berichte besagten, daß der Skiläufer Josef Bukowski hierbei sein Leben eingebüßt hat. Diese Meldung entspricht nicht der Wahrheit. Die Krankenausleitung in Hohenelbe teilt uns mit, daß Josef Bukowski, Mitglied des Skiclubs in Starkenbach, am Leben ist. Er ist zwar ernstlich, aber nicht lebensgefährlich verletzt und ist im Hohenelber Krankenhaus in Behandlung.

Die Zahl der Betriebe, in welchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge gesichert sind, ist zurückgegangen. Häufig geschloffen sich an der Lohnfrage die Verhandlungen über den Abschluß abgelaufener Kollektivverträge, da es die Gewerkschaften vielfach vorsehen, einen vertraglosen Zustand eintreten zu lassen als ihre Zustimmung zu den oft weitgehenden Forderungen der Unternehmer nach einem Lohnabbau zuzustimmen.

Wie schwer die Krise auf der Arbeiterschaft lastet und ihre Widerstandskraft lähmt, erweist die Feststellung des Berichtes, monach die Gewerbeinspektoren nur in 172 Verhandlungen der nach dem Gesetz über die Betriebsauschüsse errichteten Kommissionen teilnahmen (gegen 218 im Jahre 1932), obwohl zweifellos die Zahl der Entlassungen von mehr als drei Jahre im Betriebe beschäftigten Arbeitern oder von Mitgliedern der Betriebsauschüsse erheblich ansteigen ist. Diese Erkenntnis wird damit begründet, daß sich die Betroffenen zurückgehalten und keine Klage eingebracht hätten, „weil sie befürchteten, ihr gutes Verhältnis zu den Betriebsverwaltungen zu trüben und die Hoffnung auf Wiederbeschäftigung in der Zeit besserer Beschäftigung zu verlieren.“ So macht die Krise den Arbeiter rechtlos: obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Klage gegeben wären, verzichtet der Entlassene lieber auf die ihm gegebenenfalls zuzehende Entschädigung oder Abfertigung, nur um für die Zukunft eine large Hoffnung auf Arbeit zu bewahren.

Die manche Bezirksbehörden, besonders im Osten der Republik, ihre Aufgaben auffassen, erweist die Feststellung des Berichtes, daß sich die Schiedskommissionen in zwei Fällen mit Klagen der Bezirksbehörden beschäftigten mußten, welche die Auflösung der Betriebsauschüsse in zwei Betrieben forderten. In einem Falle (Inspektionsbezirk Trentschin) forderte die Bezirksbehörde die Auflösung des Betriebsauschusses wegen angeblicher Ueberschreitung seiner Kompetenzen, es konnte jedoch keine Entscheidung getroffen werden, „weil der Vertreter der Klage vollständig unvorbereitet war“, was sicherlich von der Behörde behördlich verboten werden mußte. Auch

der Interessen des Unternehmers angenommen hatte. Im zweiten Falle (Inspektionsbezirk Zoolen) wollte die Bezirksbehörde die Auflösung eines Betriebsauschusses durchsetzen, weil er sich angeblich unzulässig betätigt habe. Beweise konnten dafür nicht erbracht werden, so daß die Klage abgewiesen werden mußte. Das Ministerium des Innern wie gut daran, die Bezirksbehörden zu instruieren, daß sie nicht dazu da sind, um den Unternehmern unangenehme Betriebsauschüsse vom Hals zu schaffen.

Die Zahl der Arbeitskonflikte, welche den Gewerbeinspektoren bekanntgegeben wurden, betrug im Jahre 1933 insgesamt 477 gegen 545 im Jahre zuvor. Den Rückgang der Lohnkonflikte erklärt der Bericht mit der „erhöhten Geduld und Resigniertheit der beschäftigten Arbeiter, welche sich des viel unglücklicheren Schicksals Hunderttausender ihrer Arbeitskameraden bewußt waren, die ohne eigene Schuld zur Unfähigkeit verurteilt sind.“ Mit anderen Worten ausgedrückt, bedeutet diese Feststellung, daß in der Zeit der Krise das Risiko eines offenen Lohnkampfes so groß ist, daß er lieber nicht unternommen wird, um nicht den Arbeitsplatz zu gefährden. Die Augenwischer sind naturgemäß die Unternehmer.

Ein trauriges Bild liefert die Betriebsstatistik: im Jahre 1933 wurden 227 Betriebe neu errichtet und 233 erweitert, dagegen 254 abgängig und 610 vorübergehend eingestellt. Leider fehlen die Angaben über die Zahl der in den in Betrieb kommenden Betrieben beschäftigten Arbeiter; sie würden zweifellos erweisen, daß die verlorenen Arbeitsmöglichkeiten die Zahl der gewonnenen um ein Mehrfaches übersteigen.

Die Gewissenlosigkeit mancher Unternehmer illustriert das Kapitel über den Zustand einzelner Arbeitsstätten. Es beschäftigte ein Unternehmer im zweiten Prager Inspektionsbezirk 13 Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Herstellung von Christbaum-schmuck in zwei kleinen Bodenräumen von 2,1 Meter Höhe, wobei auch verschiedene explosive Stoffe verwendet wurden. Im Inspektionsbezirk Kremšice ließ eine Glasfabrik ein Magazin Gebäude erbauen, dessen Stabilität so gering war, daß die Benutzung behördlich verboten werden mußte. Auch

Ubler Mundgeruch

wirkt abstoßend; mißfarbige Zähne entstehen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste beseitigt. Chlorodont gibt den Zähnen schimmernden Elfenbeinglanz, ohne den Zahnschmelz zu beschädigen. Tube KČ 4.- Inl. Erzeugnis.

aus anderen Bezirken wurde über unzureichende und unhygienische Betriebsräume geklagt; die Unterneh-mer werden verhalten, Abhilfe zu schaffen.

Bewilligungen zur Ueberschichtarbeit wurden 1933 in 678 Fällen für 769 Betriebe erteilt. An dieser Ueber-schichtarbeit waren 15.883 Männer und 14.833 Frauen beteiligt; die Gesamtzahl der beschäftigten Ueberstun-den betrug 1.199.185 Stunden oder 149.892 Arbeits-tage. Am meisten Ueberzeit wurde mit 277.704 Stunden in der Textilindustrie gearbeitet, es folgt mit 276.861 Ueberstunden die Lebens- und Beklei-dungsindustrie. Als vierte Gruppe erscheint mit 101.218 Ueberstunden merkwürdigerweise das Geld- und Versicherungswesen, während auf die beiden Gruppen der Metall- und Maschinenindustrie 118.949 Ueberstunden entfallen. Die Bestrebungen nach Ein-schränkung der Ueberarbeit haben sich weitgehend durchgesetzt, leider muß aber festgestellt werden, daß eine ungleich größere Zahl von unbewilligten Ueber-stunden geleistet wird, die naturgemäß in der Statistik nicht erscheinen. J. W.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Abwehr eines Lohnabbaues

Die Bauarbeiter in den Bezirken Freudenthal, Venisch und Würbenthal wehren den von den Bauunternehmern angestrebten Lohnabbau ab.

Schon im Vorjahre bemühten sich die Unter-nehmer in diesen Bezirken um einen ausgiebigen Lohnabbau. Die Bauarbeiter waren aber imstande, sich erfolgreich zu wehren. Diese Niederlage vom Vorjahr wollten die Unternehmer bei den Ver-tragsverhandlungen für das Jahr 1935 weis-machen. Sie forderten daher gleich zwei Lohn-reduzierungen, und zwar eine allgemeine für alle drei Bezirke und eine besondere noch für die bei-den Bezirke Venisch und Würbenthal. Die Bau-arbeiter bekämpften energisch die Lohnabbauge-lüste der Unternehmer. Die Verhandlungen scheiterten und der Streit kam vor das Lohnschiedsgericht in Brünn, wo am 30. Jänner 1935 unter dem Vor-sitze des Obergerichtsrates-Dipl. Dr. Trávníček ent-schieden wurde.

Das Lohnschiedsgericht erkannte zu Recht, daß für die drei Bezirke Freudenthal, Venisch und Würbenthal auch im Jahre 1935 dieselben ein-heitlichen Vertragslöhne zu zahlen sind, wie sie im vorjährigen, also dem bisherigen Lohnvertrage festgesetzt waren.

Damit ist der Lohnabbau auch für das Jahr 1935 restlos abgewehrt worden. Die Lohnschie-dsgerichtserkenntnisse sind zwingend und müssen von den Unternehmern eingehalten werden. Schlech-tere Vereinbarungen durch Reberse u. dgl. haben keine Gültigkeit. Hat ein Bauarbeiter dem Unter-nehmer einen Revers unterschrieben, daß er mit weniger Lohn zufrieden ist, so kann dieser Arbeit-ter, wenn er entlassen wird oder selber die Arbeit stehen läßt, vom Unternehmer die Nachzahlung auf den Vertragslohn fordern und, wenn nötig, bei Gericht klagen. Ein solcher Unternehmer wird und muß zur Nachzahlung verurteilt werden.

Die Kulturwelt rette Carl von Ossieky!

(28. Feber 1933 — 28. Feber 1935)
von Kurt Hiller, Prag.

Zum Thema des Märtyrers ist in neuerer Zeit nicht genug gedacht, nicht genug geschrieben worden. Ich habe ein hartes Misstrauen gegen die Glorifizierung von Märtyrern; sie ist oft die andere, die sichtbare Seite einer heimlichen Genug-tuung Minderer über das Mißgeschick des Her-vorragenden. Hinzukommt, daß für die Güte einer Sache keineswegs die Qual spricht, die um ihret-willen ihr Verfechter auf sich genommen hat; man kann für eine objektiv schlechte Sache leiden, und eine objektiv gute wird nicht durch den Umstand erleichter, daß einer für sie nicht gelitten hat. Die Wichtigkeit der metaphysischen und moralischen In-halte des Christentums wird nicht etwa durch Jesu Kreuzestod bewiesen und der Inhalt des Buddhimus nicht etwa dadurch widerlegt, daß Gautama ohne Kreuz, ohne Wirtbecher, ohne Ver-sorgungen und sterker friedvoll-natürlich gestorben ist. Ich glaube, daß Oscar Wilde ein großer Künst-ler war; aber er war es nicht deshalb, weil er, empörenderweise, ohne echte Schuld mehrere Jahre im Zuchthaus schmachtete; und Stefan George ist bestimmt nicht deshalb gering, weil ihm dies Schicksal erspart blieb. Wollen wir uns ein Urteil über Bedeutung und Format eines Königs, der er-mordet wurde, eines Staatsmanns, der ermordet wurde, eines Revolutionärs, der ermordet wurde, bilden, so müssen wir Eines ganz außer Betracht lassen: das Faktum Mord. Idealisierung des Mannes nur wegen der Tragik seines Lebensaus-gangs wäre laßhaft sentimental und ekelhaft un-lässig. Ob ein Künstler, ein Denker, ein Poli-

tiker groß, ob er gering ist, das entscheidet sich nach seinen Werken, seinem Weltbild, seinem Stil, seinen Lehmeinungen, seinen Tendenzen, seinem Willen und Können, seine Taten — immer nach der Leistung, nie nach dem Schicksal. So wenig der Erfolg ein Maßstab des Wertes ist, so wenig ist es der Mißerfolg, selbst nicht der monumentale, tragische, tödliche.

Daher beweist auch das Konzentrationslager weder gegen noch für den Rang eines seiner In-sassen das Mindeste. Sollte, beispielsweise, meine bis März 1933 veröffentlichte Prosa schlecht sein, so würde sie kraft des Umstandes, daß ich um ihret-willen bald darauf von Funktionären meines Staats ins Gefängnis geschlagen, ausgepeitscht und mit Geschlechtskranken auf den gleichen Latrinen-ballen gezwungen worden bin, um keinen Grad besser. Dieser Umstand hat nämlich keine rückwir-kende Kraft; wahrscheinlich übrigens auch keine vorwärtswirkende! (Wenn eine vorwärtswirkende; dann fragt sich grundsätzlich noch sehr, ob eine ver-bessernde oder eine verschlechternde.)

Dies alles schied ich nicht ohne Absicht voraus, wenn ich hiermit die Kulturwelt auffordere. Ver-wahrung dagegen einzulegen, daß ein hervorragender Europäer, Carl von Ossieky, Herausgeber der allen „Weltbühne“, unabhängiger Politik-der, polemischer Essayist großen Schwungs, auf Geheiß der kleinen Tyrannen Deutschlands immer noch, immer noch gefangen gehalten wird, nachdem er jetzt genau zwei Jahre ununterbrochen in dieser grauenvoll zermürbenden Haft einsig und allein deshalb verurteilt, weil er, einer unserer vorzüg-lichsten Schriftsteller, in auter Form für gute Dinge eingetreten ist. Für Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Frieden; für Demokratie in einem hochschulischen Sinn; für eine deutsche Republik, die den moralischen Ansprüchen fortgeschrittener Deut-scher und Europäer entsprechen würde. Er schrieb

gegen die nationalsozialistischen Schlagetote und gegen die demokratischen Schwachmarier; wenn es sein mußte, sogar gegen unsägliche Führer des Pro-letariats. Eine Parteibüchse band ihn nicht. Er war kein Späher der linken Publizistik, wie sie in Berlin zu Hunderten herumhüpfen; ein Adler, schwebte er über den Parteien, mit gewaltiger Flügelspannweite und scharf geschäbeld; der oft hinunterstief.

Wenn wir ihn alle so sahen, wenn man erst recht heute im Rückblick ihn so sieht, so bereichert man ihn damit nicht ins Unschöne. Man darf über Ossieky streiten. Man kann bezweifeln, ob die Linie seines kämpferischen Bemühens immer die richtige war; man kann sich zu seinen polito-philosophischen Grundlagen kritisch stellen; das hängt davon ab, wo man selber steht. Man kann sogar über seine Eignung zum Dirigenten eines Publizistenorchesters verschiedener Meinung sein. Worüber sich unter Urteilsfähigen nicht streiten läßt, ist: der Glanz seiner literarischen Begabung und der blühende, unerschöpfbare, kraftvolle Mut, mit dem er öffentlich aus sprach, was ihn, und nicht ihn nur, innerlich bewegte. Dieser Glanz und dieser Mut waren in Deutschland seit langem fast ohne Beispiel. Dieser Glanz und dieser Mut sind es, die Ossieky's Anbakterung und ihre das übliche Maß weit übersteigende Dauer als einen Mangel an Ritterlichkeit erscheinen lassen, wie er sogar unter Diktatoren nicht selbstverständlich ist.

Am Morgen nach dem Reichstagsbrand, 28. Feber 1933, wurde Ossieky verhaftet. Er hatte sich gerade einer Freiheit von zehn Wochen erfreut; denn erst knapp vor Weihnachten 1932 war er aus dem Gefängnis (wohin den verant-wortlichen Redakteur ein unhaltbares Urteil des Reichsgerichtes gebracht hatte) aus Grund eines Amnestiegesetzes entlassen worden, für das sogar

die Nationalsozialisten im Reichstag gestimmt hatten. Seit dem 28. Feber 1933 sitzt er in „Schub“ fest; daß er sich einer strafbaren Hand-lung schuldig gemacht habe, behauptet nicht einmal die Geheime Staatspolizei. Er robotet zur Zeit in einem der Konzentrationslager bei Papenburg, im trostlosen Moor zwischen Oldenburg und der holländischen Grenze. Oberster Inspekteur dieser Lager ist der kleine gelbliche Herr Eide, ein viel-sacher Mörder. Aus einer Reihe dokumentarischer Veröffentlichungen weiß man, wie es in ihnen zu-geht; was die Gefangenen, zumal die intellektuellen Gefangenen, dort zu erdulden haben.

Wofür leiden sie? Für Ideen, um deren Vertiefung die Kulturwelt kämpft. Also sollte die Kulturwelt, der Völkerverbund eingeschlossen, sich um ihre Rettung bemühen. Das Prinzip der „Mischeinmischung“, moralisch unhaltbar, ist durch das Völkerverbund selbst — seit 1919 — aufge-hoben. Schon vor einem halben Jahrhundert mischte Europa sich ein, als am Kongreß Nege-r un-menschlich ausgepeitscht, als sie von Weißen syste-matisch gequält, geschunden, gemordet wurden; ein König, ein europäischer König, mußte nachgeben. Die politischen Gefangenen Diller-Deutschlands sind nichts Besseres, aber doch wohl ebensoviel wert wie afrikanische Nege-r. Carl v. Ossieky, wäre er zufällig, fast als Deutscher, als Franzose, Engländer, Holländer, Skandinave, Walte, Neger, Grieche, Türke, Schwizer, Lateinameri-taner zur Welt gekommen, sähe heute vielleicht, statt als Staatsklave im Moor, im Chefpartie-ment eines Ministeriums, und er verträte womög-lich sein Land in der Völkerverbundversammlung. Ein der Höhe Entronnener, appelliere ich an jene Kulturwelt, deren Repräsentant er ist. Wenn sie will, stehen ihr Druckmittel zur Verfügung. Sie wende sie an! Sie rette einen ihrer Besten vor dem sicheren Untergang!



Letzte Woche

10% NACHLASS

auf Winterschuhpreise

Bata

PRAGER ZEITUNG

Deutsche Emigranten ehren den Präsidenten Masaryk. Am 5. März um 19.30 Uhr, im großen Saale der Gewerkschaften, Verdün 11, spricht Herr M. B a n z l, Generalsekretär der Liga für Menschenrechte, zu den Emigranten über T. G. Masaryk. Eintritt frei gegen Vorweisung des Evidenzbogens.

Photoausstellung. Am 9. März eröffnet der Klub Deutscher Amateurphotographen Prag (1896) eine Jahreschau der Arbeiten der Vereine des Südgau's im DSB. Eine ganz besondere Attraktion wird die der Gausausstellung angegliederte Sonderausstellung des weltberühmten belgischen Lichtbildners und Meisters Léonard Nisonne darstellen, der mit 75 prachtvollen Brombildern zum ersten Male in Prag zu sehen sein wird.

Gerichtssaal

Wieder ein Winkelbankier vor dem Strafgericht

Bankhaus Gládel u. Co.: 104.000 Kč unterschlagen. Unsaubere Darlehensgeschäfte.

Prag. Wir haben schon verschiedne „Bankhausinhaber“ vor Gericht gesehen und jeder einzelne dieser Fälle zeigt, wie unzulänglich sich unser veraltetes Strafgesetz bei Delikten erweist, die sich in der Sphäre des Wirtschaftslebens abspielen. Der Veruntreuung- und Betrugsparagraf reichen bei weitem nicht hin, um alle in dem komplizierten Wirtschaftsleben des Spätkapitalismus wurzelnden strafwürdigen Handlungen wirksam zu erfassen und wenn es schon gelingt, sie und da diese primitiven Paragraphen in Anwendung zu bringen, so pflegen die Strafen — gemessen nach dem reinen Rechtsgefühl — in keinem Verhältnis zu der Verwerflichkeit der Tat zu stehen.

Witwoch standen vor dem Straffenal Trotz drei Angeklagte: der 31jährige Bankhausbesitzer Josef Gládel aus Weinberge, sein Profurist, der 34jährige Alois Slabý aus Píshle, beide wegen des Verbrechens der Veruntreuung und der Übertretung des Betruges und als dritter wegen entfernterer Teilnehmung, der 39jährige Bankhausbesitzer Stanislav Karta, der direkt an den Manipulationen der beiden anderen Angeklagten nicht beteiligt ist, aber verschiedene Wertpapiere, vor allem Boulois, von dem Erlöseanlasser kaufte, von denen er nach Meinung der Anklage wissen mußte, daß sie dieser auf unehrliche Art in ihren Besitz gesetzt hatte.

Die Masse des Materials, das die Anklage enthält, macht es unmöglich, auf Einzelheiten einzugehen und wir müssen uns damit begnügen, die charakteristischen Grundzüge dieser Manipulationen anzudeuten. Der Hauptangeklagte Josef Gládel arbeitete mit der Bankfachkassationsfirma einer Frau Anna Polorná, welche Konzeption er für ein Entgelt von 1500 Kč vierteljährig zur Grundlage seines Unternehmens machte. Das war im Jahre 1932, Gládel verlor sich hauptsächlich auf Darlehensgeschäfte und ließ geldbedürftigen kleinen Leuten gegen „Sicherstellung“ durch Lebensversicherungspolissen oder Lose kleinerer Beträge. Wer kennt nicht die verlockenden Anträge, die armen Teufeln Darlehen in Aussicht stellen — schnell, kulant, auch ohne Bürgen“ u. dgl. Und wie dringend ist gerade bei solchen Anpreisungen größte Vorsicht geboten!

Gládel widmete sich also dem menschenfreundlichen Beruf, seinen Mitmenschen Geld zu leihen — wie gesagt, gegen „Sicherstellung“ durch gut-polizierten oder sichere Papiere. Wenn aber dann die Schuldner den Kredit, natürlich mit saftigen Zinsen, zurückzahlen wollten, mußten sie die unliebsame Entdeckung machen, daß die zur Sicherstellung erlegten Wertpapiere verschwunden waren. Als typisch mag einer der vielen Fälle gelten: Gládel ließ auf eine fast schon fällige Lebensversicherungspolisse, die auf 10.000 Kč lautete, ganze — 750 Kč! Als der arme Klient nach Rückzahlung des Darlehens seine Polisse zurückhaben wollte, hatte der Herr Bankier verschiedene Ausflüchte. Wie schließlich, hat er diese Polisse für 8000 Kč veräußert. Nach diesem Bei-

spiel machte man sich ein Bild von den übrigen ganz ähnlich eingeleiteten Manipulationen dieses Bankiers, bei denen ihm sein Profurist, der heute neben ihm auf der Anklagebank sitzt, rechtlich geholfen hat. Der dritte Angeklagte, der selbst ein Bankgeschäft betreibt, ist beschuldigt, Boulois im Werte von 10.000 Kč, die auf solche Art in den Besitz Gládels gelangt waren, gekauft zu haben, und zwar mit Wissen um die unglücklichen Manipulationen.

Die Verhandlung dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden. Auditorium und Korridor waren angefüllt von erregten und empörten Zeugen. Was die Angeklagten betrifft, so betreibt der dritte Angeklagte Karta energisch, um die Manipulationen gewahrt zu haben. Bemerkenswert aber war die Verteidigung Gládels, der ruhig erklärte, diese Praxis werde in allen Bankgeschäften angewendet. (Die übliche Maschinerie einer Nummerie durch konumerzielle Nebenhandlungen.) Natürlich hätten nach Meinung des Herrn Gládel seine genialen Transaktionen alles wieder in Ordnung gebracht, wenn — ja wenn nicht die böse Presse durch ihre „Kampagne“ gegen die Winkelbanker eine „Panikstimmung“ unter seinen Klienten erzeugt hätte. Die in einem „M u n“ führte und dadurch dieses prächtige Unternehmen zum Scheitern brachte. Anmerkung: mußte auch dieser famose Bankier erwarten, daß er mit seinem kleinen Unternehmen sich in gewagte Operationen eingelassen habe.

Nach auherst lebhafter Verhandlung erfolgte in den späten Nachmittagsstunden das Urteil, durch

Mattonis Gießhübler mit heißer Milch...

ein altbewährtes, natürliches Heilmittel bei Husten und Heiserkeit. Früh und abends 1—2 Gläser; ½ heiße Milch, ½ Gießhübler. Vergleich empfohlen. 2904

teilung binnen drei Tagen zu veröffentlichen, sowie die Kosten des Verfahrens in erster und zweiter Instanz zu ersetzen, wobei das Kreisgericht in Eger noch hervorgehoben hat, daß für die Kosten auch der Herausgeber der „Rundschau“, Konrad Henlein, haftet.

In der Urteilsbegründung des Kreisgerichtes in Eger heißt es: „Die Abweisung des Antrages auf Veröffentlichung der Presseberichtigung durch das Kreisgericht wird damit begründet, daß dieselbe durch den Advokaten der Antragsteller Dr. Schwelb und nicht durch die Antragsteller selbst unterschrieben sei. Hierbei übersteht das Kreisgericht, daß die Presseberichtigung gemäß § 11, Abs. 4, Ges. Nr. 126/33 S. 1 am Schlusse überhaupt keine Unterschrift des ihre Veröffentlichung Verlangenden, sondern bloß der Aufzeichnung seines Namens bedarf und daß die Namen der beiden Redakteure, als deren Vertreter Dr. Schwelb die Veröffentlichung verlangte, ebenso wie die Namen der in Betracht kommenden periodischen Druckschriften ausdrücklich angegeben sind. Da der Inhalt der Berichtigung nicht angefochten wurde und auch der Vorwurf entfiel, mußte in Stattgebung der Beschwerde wie oben erkannt werden.“

Prager Messe

10. bis 17. März Die Einkaufsquelle der ČSR.

33% Fahrpreisermäßigung. Auskünfte: Messeamt, Prag VII., Messepalast

welches der Bankier Gládel und sein tüchtiger Profurist Alois Slabý im Sinne der Anklage schuldig erkannt, der dritte Angeklagte Karta aber freigesprochen wurde. Gládel erhielt dreizehn Monate, der Profurist Slabý eineinhalb Jahre Haftstrafen und beschlagnahmten Wertes.

Die „Rundschau“, die „Bohemia“ und die sozialdemokratische Presse

Konrad Henleins „Rundschau“ hat am 6. Jänner 1935 einen Artikel „Was geht mit der „Bohemia“ vor“ veröffentlicht, in dem sie die Behauptung aufstellte, daß die deutsche sozialdemokratische Presse angeblich bei der Rota-A. G. der „Bohemia“-Druckerei gedruckt werden soll und daß diese Transaktion mit einem politischen Geschäfte im Zusammenhang steht, welches mit der „Bohemia“ gemacht werden soll.

Sämtliche in Betracht kommenden deutschen sozialdemokratischen Zeitungen sandten hierauf durch Dr. Schwelb dem verantwortlichen Redakteur der „Rundschau“ eine Berichtigung, wonach die Behauptungen der „Rundschau“ durchaus unwahr sind und auch die weitere Behauptung unwahr ist, daß zwischen dem „Crbis“-Verlage und den sozialdemokratischen Blättern im Zusammenhange mit der „Bohemia“ ein politisches Geschäft gemacht wird.

Da die „Rundschau“ die Berichtigung nicht veröffentlicht hat, wurde sie von uns geklagt. Das hierfür in erster Instanz zuständige Bezirksgericht in Eger hat am 11. Feber 1935 unsere Klage mit der merkwürdigen Begründung abgewiesen, daß die Berichtigung den formellen Vorschriften nicht entspreche, denn nach Ansicht des Bezirksgerichtes in Eger müsse eine Berichtigung von dem Einsender persönlich unterschrieben sein, wogegen die Berichtigung durch den Advokaten nicht genügt. Wegen dieser Verhärterde an das Kreisgericht in Eger überreicht.

Mit der eben herabgelangten Entscheidung des Kreisgerichtes in Eger wurde der Beschlusse der sozialdemokratischen Zeitungen vollständig haltgegeben und der verantwortliche Redakteur der „Rundschau“, Jva. Hilhelm Rummier, verurteilt, die Berich-

Der Film



Hugo Haas und Adina Mandlová in „Es lebe der Leichnam!“

Folkshauskino Auffig. Das Auffig Folkshaus hat nunmehr ein Tonkino erhalten, das unter sozialistischer Führung steht. Der aufgestellte Spielplan für die ersten drei Monate läßt erkennen, daß die Leitung bemüht ist, auf ein anständiges Niveau zu sehen und die keineswegs leichte Aufgabe, aus der vorliegenden Filmproduktion die wertvollsten Filme auszuwählen, mit großem Geschick erfüllt hat. Eine vorbildliche Einführung ist das Abonnement für vier Vorstellungen, das für die Teilnehmer eine erhebliche Preisermäßigung mit sich bringt.

Kunst und Wissen

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Donnerstag halb 8 Uhr abends: Hoffmanns Erzählungen, G 2. — Freitag 8 Uhr: Land des Lächelns, D 1. — Samstag halb 8: Die Jüdin, neuinszeniert, D 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag 8 Uhr abends: Ich hab's getan. — Freitag 8: Ehe in Dosen, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Ein Teufelsmädch, Erstaufführung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Vor Beginn der Leichtathletik-Saison

Die Veranstaltungen der Prager DTS-Sportler

Die Leichtathleten des Prager DTS-Kreises haben schon ihre Terminliste. Es sind zwar nicht alle Veranstaltungen verzeichnet, doch die hauptsächlichsten stehen schon fest und daraus ergibt sich, daß die DTS-Leichtathleten auch in diesem Jahre mit Ernst an die Verbreiterung und Vertiefung ihrer Sportbewegung arbeiten und sie zu neuen Erfolgen führen werden.

- 10. März: Läuferwettkämpfe um die Meisterschaft des 1. Kreises in Lufstovoush.
 - 17. März: X. Frühjahrslauf durch den Baumgarten in Prag.
 - 7. April: II. „Dolleschovitzer Rundlauf“.
 - 28. April: Gahrman-Memorial in Böhm. Brod.
 - 5. Mai: Kreismeisterschaft im Straßenlauf in Jarov.
 - 12. Mai: Straßen-Gehen und -Laufen der DTS Lufstovoush.
 - 2. Juni: Einzelwettkämpfe um die Kreismeisterschaften für die männliche und weibliche Jugend. (Austragungsort noch nicht bestimmt.)
 - 30. Juni: Kreismeisterschaften im Einzelwettkampf für Männer und Frauen. (Austragungsort unbestimmt.)
 - 25. August: Kreismeisterschaften im Hürdenlauf für Männer und Drei-Kampf für Frauen. (Ort unbestimmt.)
 - 1. Sept. ber: Mannschaftswettkämpfe um das „Kedels-Memorial“ in Prag.
 - 15. September: Städtewettkampf Prag-Pilsen in Prag.
 - 21. und 22. September: Zehnkampf-Kreismeisterschaften in Prag.
 - 28. und 29. September: Verbandemeisterschaften in Pilsen.
- Kußerdem werden die Städtewettkämpfe Brunn-Prag in Brünn und Prag-Šošnigraß in Prag vorbereitet, deren Termine erst später bekanntgegeben werden.

Vereinsnachrichten

SD-Mitglieder Prag. Dienstag, den 5. März, 19.30 Uhr Zusammenkunft im großen Saal des Gewerkschaftshauses (Odborovy dům) Prag II, am Verdün 11, aus Anlaß des 80jährigen Geburtstages des Herrn Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Thomas G. Masaryk, mit Vortrag des Generalsekretärs der Liga für Menschenrechte in der ČSM, Michael Vanek. Als Audienz gilt der Evidenzbogen. Ueber das Stattfinden der nächsten Versammlung erfolgt rechtzeitig an dieser Stelle eine Mitteilung.

Sozialdemokratische Frauenorganisation, Prag

Montag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Hotel „Monopol“

Frauen-Abend

mit Vortrag des Gen. Dr. Robert Wiene. Das Bezirksfrauenkomitee